

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Hermann Weber

Stalinismus

Roy Medwedew

Die Auswirkungen
eines Parteitages

Vom XX. zum XXII. Parteitag
der KPdSU

B 4/77

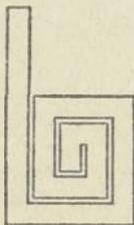
29. Januar 1977

Hermann Weber, Dr. phil., geb. 1928 in Mannheim, o. Professor für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim.

Veröffentlichungen u. a.: Von Rosa Luxemburg zu Walter Ulbricht, Hannover 1961 (4. verb. Aufl. 1970); Der deutsche Kommunismus, Dokumente, Köln 1963 (3. Aufl. 1973); Lenin. Ausgewählte Schriften, München 1963; Konflikte im Weltkommunismus, München 1964; Die Kommunistische Internationale, Hannover 1966; Von der SBZ zur DDR, Hannover 1968; Der Gründungsparteitag der KPD, Frankfurt/Main 1969; Die Wandlung des deutschen Kommunismus, 2 Bände, Frankfurt/Main 1969 (einbändige Studienausgabe 1971); Demokratischer Kommunismus?, Hannover 1969; Lenin, Hamburg 1970; Ansätze einer Politikwissenschaft in der DDR, Düsseldorf 1971; Das Prinzip links, Hannover 1973; Lenin-Chronik (zusammen mit Gerda Weber), München 1974; Die SED nach Ulbricht, Hannover 1974; DDR-Grundriß der Geschichte 1945—1976, Hannover 1976; SED-Chronik einer Partei 1971—1976, Köln 1976.

Roy Medwedew, geb. 1925 in Tiflis, Sohn eines während der Stalinschen ‚Säuberungen‘ umgekommenen Philosophen; 1956 Beitritt zur KPdSU; Geschichtslehrer, Parteiausschluß wegen Dissidententätigkeit; Arbeit im Verlagswesen. Gegen Ende der sechziger Jahre begann Medwedew, an einer Geschichte des Stalinismus zu schreiben; er arbeitet derzeit in Moskau an einer Studie über das Jahr 1918.

Veröffentlichungen u. a.: Die Wahrheit ist unsere Stärke. Geschichte und Folgen des Stalinismus, Frankfurt/M. 1973; Sowjetbürger in der Opposition, Hamburg 1973; Solschenizyn und die sowjetische Linke, Berlin 1976.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder:
Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65,
5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, einschließlich Beilage zum Preis von DM 11,40 vierteljährlich (einschließlich DM 0,59 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

— Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Mit dem XX. Parteitag der KPdSU von 1956 lassen sich die folgenden Prozesse in Verbindung bringen, die einen deutlichen Einfluß auf die Weltpolitik gehabt haben und die besonders für die Zukunft der westeuropäischen Arbeiterbewegung von Belang sind:

1. Der Abbau des terroristischen Gewaltapparates in der Sowjetunion war eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Entstehen eines intellektuellen Klimas im Westen, das eine Überwindung der Gräben des Kalten Krieges durch eine Entspannungspolitik auf der Basis des machtpolitischen Status quo ermöglichte.

2. Die — wenn auch nur halbherzige — Selbstkritik der sowjetischen Führung auf dem XX. Parteitag 1956 verursachte im nach außen scheinbar fest und monolithisch auf Moskau ausgerichteten Weltkommunismus eine tiefe Glaubenskrise, die sich von der Ideologie bis zur praktischen Politik erstreckte. Diese Krise des Weltkommunismus hat Moskaus unbestrittene Hegemonie beseitigt. Vom Weltkommunismus kann im Singular nicht mehr gesprochen werden; neben Moskau sind Peking, Belgrad, Havanna, Hanoi und Rom getreten.

3. Der XX. Parteitag symbolisiert zum einen die Versöhnung Moskaus mit Tito, dem ersten erfolgreichen Abweichler aus Stalins „sozialistischem Lager“, und den Bruch mit Maos China, der Zweiten Großmacht des „Lagers“. Die innere Entwicklung im „sozialistischen Lager“ ist seit dem XX. Parteitag gekennzeichnet durch die Konfrontation des immer wieder aufbrechenden Nationalkommunismus — Polen, Ungarn 1956, Rumänien in den sechziger Jahren, CSSR 1968 — mit dem Hegemonialanspruch der Sowjetunion.

4. Der XX. Parteitag ist auch die Geburtsstunde einer Kraft, deren Geschichtsträchtigkeit noch nicht abzusehen ist: der inneren Opposition in der Sowjetunion.

Die hier veröffentlichten Beiträge von Roy Medwedew und Hermann Weber beschreiben und analysieren den Prozeß der Entstalinisierung in der Sowjetunion und seine Vorgeschichte, den Stalinismus. Sie bieten die Grundinformation des von Reinhard Crusius, Herbert Kuehl, Jan Skála und Manfred Wilke herausgegebenen Sammelbandes „Entstalinisierung in der Sowjetunion. Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen“. Der Band enthält ferner Beiträge von Ernst Bloch, Isaac Deutscher, Robert Havemann, Hans Mayer, Jochen Steffen, Jiří Pelikan u. a. Der Vorabdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Suhrkamp-Verlages, Frankfurt.

Das sind Gründe genug, die es rechtfertigen, sich intensiver mit diesem Parteitag, — der mittlerweile in der Geschichte der KPdSU eine Umbewertung erfahren hat¹⁾ — auseinanderzusetzen. Gründe genug auch, die es verständlich machen, daß die 20. Wiederkehr des XX. Parteitages im Februar 1976 in der Sowjetunion nicht gefeiert, ja kaum registriert wurde, obwohl ansonsten in der UdSSR und in Osteuropa Jahrestage historischer Ereignisse mit ritualisierten Gedenkreden und Artikeln „abgefeiert“ werden.

Für uns in Westeuropa ist die Auseinandersetzung mit dem XX. Parteitag besonders wichtig wegen seiner Bedeutung für das Verhältnis zwischen „realem Sozialismus“ und dem „wirklichen Sozialismus“. Seit 1917 ist der Begriff Sozialismus untrennbar verbunden mit der Geschichte der Sowjetunion und der KPdSU. Was hat der „reale Sozialismus“ dort mit den Kämpfen um die Durchsetzung eines „wirklichen Sozialismus“ in Westeuropa zu tun? Diese Frage ist auch in den westeuropäischen kommunistischen Parteien — spätestens seit Prag 1968 — unüberhörbar geworden; begonnen hat dieses Fragen aber bereits nach dem XX. Parteitag 1956.

In der Bundesrepublik engagierten sich bislang für die Frage nach der qualitativen Differenz zwischen „realem“ und zu erkämpfendem Sozialismus nur intellektuelle Minderheiten, obwohl es dabei sowohl um die Zukunft der westeuropäischen Arbeiterbewegung als auch um die Entwicklungsrichtung der europäischen Gesellschaften in Ost und West geht, um die Frage, ob der Sozialismus noch

¹⁾ Walter Ulbricht nannte den XX. Parteitag der KPdSU den bedeutendsten nach Lenins Tod (Neues Deutschland 4. 3. 1956). Diese Wertung, die er ohne Quellenangabe wörtlich der Parteitagsrede von Mikojan entnahm, hat er vier Jahre später im Band seiner Reden und Aufsätze „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Berlin (Ost) 1960, S. 638, wieder streichen lassen. Die 1960 in Deutsch erschienene Geschichte der KPdSU („Chruschtschowsche Fassung“) nennt den XX. Parteitag „Ein großes historisches Ereignis, das eine neue wichtige Etappe im Leben der Partei, in der Entwicklung des Sowjetlandes und in der internationalen kommunistischen Arbeiterbewegung einleitete“ (S. 844).

Die 1971 in Deutsch neu erschienene Geschichte („Breschnewsche Fassung“) — hier zitiert nach der 2. ergänzten Auflage Berlin (Ost) 1973 — reduziert seine Bedeutung auf „eine wichtige Etappe“ (S. 709). Das „große historische Ereignis, das eine neue (Hervorhebung von den Herausgebern) wichtige Etappe (...) einleitete“, kommt so nicht mehr vor.

eine geschichtsträchtige Kraft ist, die fähig sei, die menschliche Gesellschaft humaner zu machen, oder ob seine Verwirklichung zwangsläufig in einem „bürokratischen Gehäuse der Hörigkeit“ (Max Weber) endet. Sollte das letztere der Fall sein, so muß der Sozialismus als Bewegung zur Beförderung der menschlichen Freiheit, als Traum des 19. Jahrhunderts, zu den Akten gelegt werden.

Diese Fragen werden in der bundesdeutschen Öffentlichkeit oft verschleiert, besonders augenfällig z. B. durch den Slogan „Freiheit statt Sozialismus“. Damit wird schlicht die Tatsache vom Tisch gewischt, daß dieselbe „Rote Fahne“, die bei Revolten und Streiks in Osteuropa und der Sowjetunion als Zeichen der Unterdrückung verbrannt und zertreten wurde, in Spanien, Italien, Frankreich und Chile den Kampf der Unterdrückten und Ausgebeuteten um mehr soziale Gerechtigkeit, um politische Rechte symbolisiert. Dieser Widerspruch, daß Begriffe wie „Sozialismus“, „Kommunismus“ und Symbole wie „Hammer und Sichel“ oder die „Rote Fahne“ sowohl Unterdrückung als auch den Kampf gegen Unterdrückung kennzeichnen, ist nun einmal das

Ergebnis der bisherigen Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Der XX. Parteitag ist ein Datum, das sowohl die Verbindung wie auch den Bruch zwischen dem „realen Sozialismus“ und der sozialistischen Bewegung dokumentiert, mit dem sich ferner im Westen Hoffnungen auf eine Veränderung im sozialistischen Lager verbanden. Realpolitisch wurden zwar diese Erwartungen 1956/57 und danach mannigfaltig enttäuscht, doch blieben sie trotzdem nicht ohne Wirkung: Sowohl der Reformkommunismus nach dem Muster des Prager Frühlings 1968 im sozialistischen Lager wie auch der Eurokommunismus außerhalb des „Lagers“ sind von diesem Parteitag der sowjetischen Kommunisten herzuleiten. Das Entstehen dieser — sieht man von den Chinesen einmal ab — gefährlichsten Abweichungen von der Moskauer Generallinie innerhalb der kommunistischen Weltbewegung war wohl für Moskau der Hauptgrund, den Jahrestag dieses Parteitages ungefeiert vorübergehen zu lassen, ja ihn fast auf den Tag genau zwanzig Jahre danach durch den XXV. Parteitag zuzudecken.

Manfred Wilke

Stalinismus

In den zwanziger Jahren entwickelte sich in der Sowjetunion ein neuartiges politisches und gesellschaftliches System, das wesentlich von Joseph W. Stalin geprägt wurde und das daher mit „Stalinismus“ zutreffend definiert ist ¹⁾.

Die bolschewistische Oktoberrevolution hatte 1917 in Rußland eine radikale Umwälzung der bestehenden Ordnung gebracht: Die Eigentumsverhältnisse waren durch weitgehende Verstaatlichung verändert, die politische Macht lag bald ausschließlich bei der Kommunistischen Partei. Das Ziel der Revolution, eine neue soziale Ordnung ohne Klassen und Privilegien aufzubauen, wurde nicht erreicht, wohl nicht zuletzt, weil die Revolution isoliert blieb und Rußland wirtschaftlich und kulturell zurückgeblieben war. Eine bürokratische Funktionärsherrschaft verfestigte sich nach Lenins Tod (1924) und gipfelte schließlich in der Herrschaft Stalins.

Der Stalinismus ging zwar aus dem Leninismus hervor, er bedeutete gleichwohl aber die Negierung vieler Prinzipien des Kommunismus. Auch wenn die Entartung des revolutionären Sowjetregimes zum Stalinschen Polizeistaat bereits in der Lenin-Ära wurzelte, entwickelte sich unter Stalin doch eine durchaus eigenständige neue gesellschaftliche und politische Ordnung.

Werner Hofmann definierte den Stalinismus als „exzessiv machtorientierte Ordnung der Innen- und Außenpolitik einer Gesellschaft des erklärten Überganges zum Sozialismus“ ²⁾. Der Stalinismus ist m. E. allgemeiner

¹⁾ Die vorliegende Arbeit ist in ihren Grundzügen bereits 1962 für die Zeitschrift „Periodikum für wissenschaftlichen Sozialismus“ (München) geschrieben worden. Der Beitrag erschien damals nicht, ein Blick in Heft 22 der von Arno Peters herausgegebenen Zeitschrift („Stalin, Stalinismus, Entstalinisierung“) zeigt, daß die Kritik nicht in die apologetische Darstellung des Herausgebers paßte. Bei der Überarbeitung konnte auf die seit herige Diskussion des Problems nur am Rande eingegangen werden. Es kam auch im wesentlichen darauf an, die Gewaltmethoden der stalinistischen Willkürherrschaft zu beschreiben und zusammenfassend zu bewerten.

²⁾ Werner Hofmann, Stalinismus und Antikommunismus, Frankfurt/M. 1967, S. 13; vgl. auch Leo Trotzki, Die verrätene Revolution, Zürich 1957, S. 87 ff.; Isaac Deutscher, Die unvollendete Revolution 1917—1967, Frankfurt/M. 1967, S. 51 ff.; Ossip K. Flechtheim, Bolschewismus 1917—1967,

als die Herrschaft der Apparate, der Bürokratie zu kennzeichnen. Auf der Grundlage der revolutionären Veränderungen (Staatseigentum an Produktionsmitteln, Planwirtschaft, Macht der Kommunistischen Partei) bestimmten die Führung und der Apparat (d. h. die hauptamtlichen Angestellten in Partei, Verwaltung, Wirtschaft, Massenorganisationen und Kommunikationsmitteln, das Offizierskorps der Armee und die Geheimpolizei) als politisch und materiell privilegierte Oberschicht über Arbeiter, Bauern und Intelligenz.

Die politische Form des Stalinismus war die kommunistische Einparteiherrschaft; bei völliger Ausschaltung der innerparteilichen Demokratie lag die gesellschaftliche und politische Entscheidungsgewalt und damit die Macht in den Händen der hierarchisch strukturierten Parteispitze. Die Volksvertretungen (Sowjets) wurden nicht von der Bevölkerung, sondern von der Partei eingesetzt und übten lediglich Scheinfunktionen aus. Die Partei beherrschte auch die Staatsverwaltung, die Justiz und die Massenorganisationen, die straff zentralistisch aufgebaut wurden; sie verfügte über das Monopol der Meinungsbildung. Weitere Kennzeichen des Stalinismus waren das Fehlen jeder politischen Freiheit und Diskussion in Gesellschaft, Staat und Partei, die Beherrschung des öffentlichen Lebens und terroristische „Säuberungen“ durch die politische Geheimpolizei, Militarisierung und Reglementierung aller Lebensbereiche, Ausschaltung der Grundrechte des Bürgers, chauvinistische Unterdrückung der nichtrussischen Nationalitäten der UdSSR, schließlich eine dogmatische Ideologie („Marxismus-Leninismus“), die die Herrschaft der Apparate verschleiern und absichern sollte und im Personenkult um Stalin gipfelte. Als soziale Merkmale des Stalinismus sind zu nennen: eine starke soziale Differenzierung der Gesellschaft, die Beherrschung der zentralistisch geplanten, verstaatlichten bzw. kollektivierten Wirtschaft durch den Apparat, eine materielle Privilegierung der bürokratischen Oberschicht, das Fehlen

Wien 1967, S. 116 ff.; Jakob Moneta, Aufstieg und Niedergang des Stalinismus (Kommentar zum Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU), Köln 1954, S. 70 ff.; Robert V. Daniels, Das Gewissen der Revolution, Köln 1962, S. 469 ff.

jeder ernsthaften Mitbestimmung der Arbeiter und Bauern in der Wirtschaft und im Betrieb, die völlige Unterordnung der Gewerkschaften unter den Löhne und Normen festsetzenden Staat, die Ein-Mann-Leitung in Betrieb und Gesamtwirtschaft.

Die Machtausübung im Stalinismus stellte eine politische Willkürherrschaft dar; die despotische Gewalt der Führung war in der Realität weder durch Gesetze noch durch Institutionen beschränkt. Mit ihrem Hinweis auf die „Verletzung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit“ lieferten Chruschtschow und andere kommunistische Parteiführer auf dem XX. und insbesondere dem XXII. Parteitag der KPdSU Informationen über das Ausmaß der Brutalitäten in der Stalin-Ära. Auch wenn bei weitem nicht das ganze Ausmaß des Terrors dieser Periode der Sowjetunion enthüllt wurde, vermittelte Chruschtschow einen Einblick in das Machtsystem: Der Stalinismus war

Gewalt par excellence, und zwar Gewalt in der barbarischsten Form des Terrors. Kein Geringerer als der Chef des sowjetischen Sicherheitsdienstes nach 1956, Schelepin, sagte auf dem XXII. Parteitag der KPdSU 1961 über die Verantwortlichen der Massaker in der Stalin-Zeit: „Manchmal kommt einem der Gedanke: Wie können diese Menschen überhaupt ruhig über die Erde gehen und ruhig schlafen? Alpträume müßten sie verfolgen, sie müßten das Schluchzen und die Flüche der Mütter, Frauen und Kinder der unschuldig ums Leben gekommenen Genossen hören.“³⁾

Doch auch diese bemerkenswerten Worte des ehemaligen Leiters der politischen Polizei und die Kenntnis des grauenhaften Terrors der Stalin-Ära sind nur ein Aspekt — wenn auch sicherlich der wichtigste —, der eine nähere Untersuchung der Bedeutung der Gewalt im Stalinismus nicht überflüssig macht.

Die Rolle der Gewalt im vorstalinistischen Bolschewismus

Als das bolschewistische Zentralkomitee am 23. Oktober 1917 (dem 10. Oktober alten Kalenders) erklärte, daß der „bewaffnete Aufstand auf die Tagesordnung gestellt“ sei⁴⁾, begann ein neuer Abschnitt der russischen Geschichte — und er begann mit Gewalt. Allerdings war sie — sowohl, was die militärische Unterdrückung als auch die revolutionäre Gesetzgebung angeht — zunächst ausschließlich gegen die konterrevolutionären Kräfte gerichtet. Die Bolschewiki waren ja durchaus keine „verschwindende Minderheit“, die sich nur auf ihren Fanatismus und auf Machtmißbrauch stützen konnte. Durch ihre Politik zwischen Februar und Oktober 1917 hatten sie einen solch gewichtigen Einfluß auf die Arbeiterschaft und Kreise der armen Bauern gewonnen, daß Diktatur über die Mehrheit zunächst keineswegs zu erwarten war.

Rußland war als rückständiges Land durch den Weltkrieg besonders in Mitleidenschaft gezogen worden und 1917 total erschöpft. Obwohl der Sturz des Zarismus hauptsächlich durch die Kriegsmüdigkeit der Massen bedingt gewesen war, führte die Provisorische Regierung an der Seite der Entente den Krieg gegen Deutschland weiter. Nach den Niederlagen an der Front im Juli 1917 wuchs aller-

dings der Einfluß der Bolschewiki sprunghaft, da sie als einzige bedeutende Partei den sofortigen Frieden forderten und ihn für den Fall versprachen, daß sie die Macht erlangten. Diese im Vordergrund der Agitation stehende Friedensparole trug wesentlich zum Sieg der Bolschewiki bei. Nicht weniger gefördert wurde ihr Aufstieg durch die Übernahme der sozialrevolutionären Losung, den Boden zu nationalisieren und das Land der Großgrundbesitzer aufzuteilen.

Ihre radikalen Losungen „Alle Macht den Sowjets“, Herrschaft der Arbeiter, Arbeiterkontrolle in den Betrieben und Übergang zum Sozialismus im Rahmen der Weltrevolution brachten den Bolschewiki schließlich zwischen Februar und Oktober 1917 die Mehrheit der russischen Arbeiter. Bei den Wahlen zur (von den Bolschewiki später aufgelösten) Konstituante Ende 1917 erhielten sie zwar insgesamt nur 25 % der Stimmen, errangen aber im Zentralindustrialgebiet 44 %, im nördlichen und westlichen Gebiet 40 % und bei der Armee an der Westfront 68 %⁵⁾. Ihren größten Rückhalt hatten die Bolschewiki dabei gerade in den Arbeiterbezirken: Im Gouvernement Petrograd entschieden sich 50 %, in Moskau 56 %, in Livland 72 %, in Twer 54 %, in Wladimir 56 % der Wahlberechtigten für sie.

³⁾ Die Presse der Sowjetunion Nr. 135 vom 10. November 1961, S. 2972.

⁴⁾ Illustrierte Geschichte der russischen Revolution 1917, Berlin 1928, S. 336.

⁵⁾ Illustrierte Geschichte des russischen Bürgerkrieges, Berlin 1928, S. 123; Lenin, Ausgewählte Werke, Band 6, Moskau-Leningrad 1933, S. 475.

Die taktische Richtigkeit der Leninschen Politik allein hatte nicht genügt; das Instrument der Machtergreifung war die Bolschewistische Partei gewesen, die sich auch als stark und geschlossen genug erwies, die Macht zu halten. Ihre Bedeutung bei der Lenkung und Revolutionierung war erheblich, auch wenn in späteren Verherrlichungen ihre Rolle stark übertrieben wurde. Es war der ungestüme Wille der Massen nach Veränderung, der letztlich zur Revolution führte, aber es war die Partei, die ihn ausnutzte und ihm die Richtung gab.

Die ersten Gesetze der neuen Regierung waren Eingriffe in die Rechte der Besitzenden und damit Akte der „Gewalt“: Der Boden wurde den Bauern, die ihn inzwischen meist durch direkte Aktionen in Besitz genommen hatten, auch offiziell zugestanden; in den Betrieben proklamierte man die „Arbeiterkontrolle“, d. h. die Mitbestimmung der Arbeiter; alle „ständischen Vorrechte und Beschränkungen“ wurden aufgehoben; das Bankengeschäft wurde zum Staatsmonopol erklärt. Diese Form der Eingriffe und damit der Gewaltanwendung durch ein revolutionäres Regime war in der Geschichte nichts Ungewöhnliches. Neu war jedoch die Art, wie die Beschlüsse gegen die Besitzenden durchgesetzt wurden: Das neue Regime stütze sich dabei direkt auf die untersten Schichten der Bevölkerung, die dadurch in den ersten Monaten an der Macht teilhatten. So kam es, daß die Revolution bald weiter ging, als beabsichtigt war. Die Zielsetzung der Bolschewiki unter Lenin und Trotzki war der Sozialismus, doch hatten sie natürlich nicht die utopische Vorstellung, im rückständigen Agrarland Rußland diesen Sozialismus nun sofort verwirklichen zu können. Nur im Rahmen der Weltrevolution und erst im Gefolge der Überwindung der russischen Rückständigkeit glaubten sie die neue Gesellschaft errichten zu können.

Das war die allgemeine Linie der bolschewistischen Politik nach der Revolution, die zwar noch keine sofortige Sozialisierung bringen, wohl aber die Richtung einer sozialistischen Transformation einschlagen sollte. Die Revolution ging in ihrem weiteren Verlauf jedoch über diesen Ansatz hinaus. Es blieb nicht bei der Arbeiterkontrolle, sondern es kam zur Nationalisierung der Industrie. „Denn die bewaffneten, über ihren Sieg begeisterten Arbeiter waren in den Schranken einer solch maßvollen Reform nicht zu halten. Sondern sie jagten überall die Unternehmer fort und bemächtigten sich der Betriebe.“⁶⁾

⁶⁾ Arthur Rosenberg, Geschichte des Bolschewismus, Berlin 1933, S. 113.

Auch der Staat unter Führung der Kommunistischen Partei bediente sich schließlich der Nationalisierung, um den ständigen Niedergang der Produktion aufzuhalten⁷⁾. War bis Mai 1918 noch kein ganzer Industriezweig nationalisiert gewesen, so wurden durch Dekret vom Juni 1918 alle Großbetriebe mit über 1 Million Rubel Kapital verstaatlicht; im November 1920 waren dann alle Betriebe mit mehr als fünf Beschäftigten im Besitz des Staates.

Dies war keineswegs das einzige Beispiel der bolschewistischen Praxis, in der die leninistische Theorie durch die Macht der Verhältnisse korrigiert wurde. Sehr rasch hatte sich (besonders weil die Weltrevolution zum erwarteten Zeitpunkt ausblieb) eine ungeheure Diskrepanz zwischen den leninistischen Zielvorstellungen und den realen Möglichkeiten von Wirtschaft, Politik und Kultur gezeigt. So prägten die russische Rückständigkeit, die Isolierung Rußlands und der Jahre dauernde Bürger- und Interventionskrieg die Praxis des Leninismus. Beobachter mit unterschiedlichen politischen Ansichten waren sich darüber einig, daß die Kommunisten eine völlig zerrüttete Wirtschaft in einem ohnehin zurückgebliebenen Land übernommen hatten: „Die Hinterlassenschaft des Zarismus und der kurzlebigen Interimsregierung war ein in jeder Hinsicht zerrüttetes Land.“⁸⁾

Dieses Chaos prägte auch die Form der Gewaltanwendung: Der Terror spielte eine immer größere Rolle. Das galt in erster Linie für das politische Regime, das mit dem Bürgerkrieg und der ausländischen Intervention einen Kampf auf Leben und Tod zu bestehen hatte. So setzte es unter den Verhältnissen des Bürgerkriegs die Möglichkeit der freien Kandidatenwahl für die Sowjets aus und verbot die bürgerlichen Parteien als gegenrevolutionär. Am 14. Juni 1918 wurden auch die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre aus den Sowjets ausgeschlossen, so daß 1918 nur zwei legale Sowjet-Parteien, Bolschewiki und linke Sozialrevolutionäre, übrigblieben; nach ihren Aufstandsversuchen wurden jedoch auch die letzteren noch ausgeschaltet. In steigendem Maße wurden die Sowjets zu Instrumenten der bolschewistischen Partei, die in ihnen die Mehrheit besaß und von der die Herrschaft ausging. Schon 1919 erwies sich, daß die zentrale Macht von einer kleinen Schar bolschewistischer Führer ausgeübt

⁷⁾ Karl Radek, Proletarische Diktatur und Terrorismus, Hamburg o. J., S. 28 f.

⁸⁾ W. H. Braun, Unter Zarenherrschaft und Sowjetsystem, Graz 1930, S. 159.

wurde und die Partei über das Land bestimmte. Auf dem VIII. Parteitag 1919 sagte Lenin: „Wenn einmal der künftige Historiker die Daten darüber zusammenstellen wird, welche Gruppen während dieser siebzehn Monate in Rußland regiert haben, wie viele Hunderte oder Tausende Menschen die ganze Arbeit, die ganze unglaubliche Last der Regierung des Landes getragen haben, wird niemand glauben wollen, daß man dies mit einer so verschwindend kleinen Zahl von Kräften erreichen konnte. Diese Zahl war deshalb so verschwindend klein, weil es in Rußland nur eine kleine Zahl verständiger, gebildeter, befähigter politischer Führer gab.“⁹⁾

Wie in der gesamten Politik wurde die bolschewistische Führung von der Wirklichkeit mehr gedrängt, als daß sie selbst freier Herr ihrer Entscheidung war. Trotzki versuchte dies später zu rechtfertigen: „Was das Verbot der anderen Sowjetparteien betrifft, so entsprang es jedenfalls nicht aus der ‚Theorie‘ des Bolschewismus, sondern war eine Maßnahme zum Schutze der Diktatur in einem rückständigen und erschöpften, von allen Seiten von Feinden umgebenen Land. Den Bolschewiki war es von Anfang an klar, daß diese Maßnahme, die später durch das Verbot von Fraktionen innerhalb der herrschenden Partei selbst ergänzt wurde, eine Gefahr ankündigte. Jedoch die Quelle der Gefahr lag nicht in der Doktrin oder Taktik, sondern in der materiellen Schwäche der Diktatur, in den Schwierigkeiten der inneren und der Weltlage.“¹⁰⁾

Als der Bürgerkrieg beendet war, hatte der Bolschewismus gesiegt, aber der Sieg war erkaufte worden durch den Verzicht auf viele theoretische Vorstellungen und Errungenschaften der Revolution. Im Widerspruch zur geforderten allgemeinen Volksbewaffnung und der Abschaffung der Armee war eine straffe und disziplinierte Rote Armee aufgestellt worden, die sogar die alten Offiziere übernahm. Auch die ursprüngliche Absicht, die Polizei ihres politischen Charakters zu entkleiden, geriet ins Gegenteil: Zur Bekämpfung der Gegenrevolution wurde mit der Tscheka eine neue Geheimpolizei mit großen Befugnissen eingesetzt. Die Konstituante, deren Einberufung die Bolschewiki zuvor gefordert hatten, wurde auseinandergejagt, als sie nicht sofort die Ergebnisse der Oktoberrevolution bestätigte.

⁹⁾ Lenin, Ausgewählte Schriften, hrsg. und eingeleitet von H. Weber, München 1963, S. 942.

¹⁰⁾ Leo Trotzki, Kommunismus oder Stalinismus, o. O. 1947, S. 21.

Der Bürgerkrieg hatte die bolschewistische Alleinherrschaft, eine rigorose Niederhaltung aller Gegner gebracht, auch wenn das zunächst nicht bedeutete, daß jede andere Meinung unterdrückt wurde.

Die entscheidenden Änderungen brachte die Praxis des Leninismus vor allem im Jahre 1921: Der X. Parteitag verbot die Fraktionen innerhalb der Kommunistischen Partei, dem einzigen politischen Forum des Landes, und leitete damit die Ausschaltung der letzten Reste von politischer Demokratie ein. 1921 war zugleich das Jahr, in dem der Kronstädter Aufstand die Unzufriedenheit breiter Massen mit der bolschewistischen Herrschaft widerspiegelte. Die Leninisten gaben dem Druck von unten nach: Sie änderten die Wirtschaftspolitik und führten mit der NEP (Neue ökonomische Politik) eine bedingte Zulassung des Kapitalismus ein. Zugleich hielten die Bolschewiki aber an der politischen Macht fest, zogen hier die Zügel sogar noch fester an. Dahinter standen ihre Überzeugung, noch immer allein die sozialistische Zukunft zu verkörpern und ihr Glaube an die Weltrevolution. Da der Rückzug zur NEP mit geschlossener Kraft vollzogen werden sollte, bedeutete das Fraktionsverbot nur ein Rädchen der Politik. Eine Maßnahme bedingte die andere, und die Praxis entfernte sich immer weiter von den theoretischen Vorstellungen. Zum Aufbau der neuen Gesellschaft schienen alle Mittel gerechtfertigt. Die Führung sah die Sowjetunion indes immer noch als Vorhut der Weltrevolution und des Sozialismus an und wollte dieses Bollwerk als isolierte Festung verteidigen. Dazu kamen ihr alle Mittel gelegen (und jeder Kritiker wurde als Feind bekämpft): „Unsere Aufgabe, als wir als sozialistische, proletarische, kommunistische Partei an die Macht gelangten in einem Moment, da in den anderen Ländern noch die kapitalistische bürgerliche Herrschaft aufrecht erhalten blieb, — unsere nächste Aufgabe war, ich wiederhole es, diese Macht zu behaupten, diese Fackel des Sozialismus, damit sie weiterhin möglichst viele Funken für den stärker werdenden Brand der sozialen Revolution gebe.“¹¹⁾

Wachsender Terror und Zwang resultierten aber nicht allein aus diesem Bewußtsein, sondern zunächst aus dem Druck der politischen Gegner. Die Praxis in Rußland zwischen 1921 und 1923 machte die Widersprüchlichkeit zwischen den Zielen und Grundvorstellungen des Leninismus dann noch augenscheinlicher. Da Lenin wegen seiner schweren Krankheit

¹¹⁾ W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. 23, Moskau 1940, S. 199.

nach 1922 nur noch hin und wieder in die Politik eingreifen konnte, zeigten sich auch bei ihm tiefe Resignation und Pessimismus.

Das Dilemma schien unauflösbar. Während des Bürgerkriegs waren die Freiheiten und Rechte der Massen immer stärker eingeschränkt, die Prinzipien und die Zielvorstellungen des Erfolges wegen politischer „Notwendigkeiten“ geopfert worden. Nach dem Sieg und der Festigung der Macht zeigte sich jedoch, daß diese Einschränkungen ihre eigene Gesetzlichkeit hervorgebracht hatten und sich bedrohlich eine Herrschaft der Apparate abzeichnete.

Im März 1922 erklärte Lenin: „Wenn man Moskau nimmt — 4 700 verantwortliche Kommunisten — und dieses bürokratische Ungeheuer, diesen Haufen, wer leitet da und wer wird geleitet? Ich zweifle sehr, ob man sagen könnte, daß die Kommunisten diesen Haufen leiten. Um die Wahrheit zu sagen: nicht sie sind die Leiter, sondern sie werden geleitet.“¹²⁾ Lenin mußte nicht nur das Anwachsen des Bürokratismus konstatieren, sondern sogar erkennen, daß „unser Staat ein Staat mit bürokratischen Auswüchsen“ ist. Lenin sprach vom „Tropfen im Meere, der sich

Kommunistische Partei nennt“, und erklärte, mit dem Staatsapparat „steht es bei uns derart traurig, um nicht zu sagen abscheulich“, daß man überall „Wirrwarr und Liederlichkeit“ finde. Nachdrücklich forderte er, unbedingt „die Aufgabe der Umgestaltung unseres Apparates, der gar nichts taugt“, in Angriff zu nehmen¹³⁾.

Lenins Warnung vor Stalin, der Bürokratie und dem Apparat, die verzweifelten Versuche des Todkranken, mit untauglichen Mitteln (Erhöhung der Mitgliedszahl des ZK, Ausbau der Kontrollkommission usw.) die gefährliche Entwicklung zu bremsen, zeigen, daß er zuletzt wohl doch die Gefahr erkannte, die aus der stückweisen Opferung des revolutionären Ziels an die „Sachzwänge“, Unausweichlichkeiten, Unvermeidbarkeiten der Politik erwachsen war.

Der mögliche Übergang zu diesen Zielvorstellungen war dabei noch nicht völlig verbaut. Ohne aus der Not eine Tugend zu machen, hatten die Bolschewiki ein Abweichen von ihren Prinzipien meist zugegeben. Die alten Revolutionäre hatten ihre sozialistischen Vorstellungen bewahrt und suchten nach Wegen zu deren Verwirklichung.

Die Gewalt im stalinistischen System

Die historische Notwendigkeit, das rückständige Agrarland Rußland zu industrialisieren, zu zivilisieren und damit das Kulturniveau zu heben, war nicht nur eine theoretische Nahvorstellung des Leninismus, sie wurde auch von allen sozialistischen Gruppen nach der Revolution anerkannt. Da Industrialisierung und wirtschaftliche Modernisierung parallel mit dem Übergang zum Sozialismus verlaufen sollten, spielte der „Aufbau des Sozialismus“ bei allen Auseinandersetzungen eine nicht geringe Rolle.

Nach Beendigung des Bürgerkriegs verbreitete sich ein immer stärkerer Glaube an die Technik und die Meisterung der Wirtschaft. Eine fast mythische Rolle wurde dabei der „amerikanischen Zivilisation“ zugeschrieben, die man nun nach Rußland verpflanzen wollte.

Auseinandersetzungen entzündeten sich innerhalb der herrschenden Kommunistischen Partei an der Frage des Tempos und des Weges der Industrialisierung. Die Fraktion, die sich um den Generalsekretär Stalin scharte —

zumeist war es die Parteibeamtenschaft —, orientierte sich zunächst an den Theorien Bucharins und schlug aus Rücksichtnahme auf die Bauern eine gezügelte Geschwindigkeit vor. Die linken Gruppen um Trotzki und Sinowjew traten für eine raschere Industrialisierung ein, was ihnen den Vorwurf der „Überindustrialisierer“ eintrug. Natürlich wurde dieser Kernpunkt der Kontroversen von anderen Problemen überdeckt, ging die Diskussion zunächst keineswegs um die Frage der Gewalt. Alle Gruppen stimmten nämlich darin überein, daß im Interesse der Machterhaltung gegenüber allen nichtkommunistischen Vereinigungen politischer Zwang anzuwenden sei. Gegen die ehemals herrschenden Bevölkerungsschichten befürworteten sie damit ein Vorgehen, das sie in bezug auf Arbeiter und Bauern als unzulässig ansahen. Doch waren dies nur theoretische Erwägungen.

In der Praxis erwies sich die Gewaltanwendung dagegen als vielschichtig. Nachdem der Bürgerkrieg beendet und die direkte Gefahr einer Aggression von außen gebannt waren, nahm der Druck zunächst „gesetzliche“ Formen an. Die politische Macht lag in den Hän-

¹²⁾ Lenin, *Ausgewählte Schriften*, a. a. O. (Anm. 9), S. 1132.

¹³⁾ Lenin, a. a. O., S. 1136, 1178 f.

den der KPdSU, die über die Sowjets den Staatsapparat anleitete. Die wirtschaftliche Herrschaft war geteilt: Der Staat befahl die nationalisierte Industrie, Gewerkschaften und Partei hatten Mitbestimmungsrechte. In der Landwirtschaft war bis 1929 sogar noch das Privateigentum vorherrschend. Während des „rechten Kurses“ der KPdSU war die Macht der Partei über die Wirtschaft also nur auf einigen Gebieten eine direkte; die Gewalt spielte eine sekundäre Rolle. 1928 schwenkte die herrschende Fraktion Stalins jedoch jäh um und schlug den Kurs der raschen Industrialisierung ein. Die Gründe sind vielfältig und brauchen hier nicht untersucht zu werden. Das Ergebnis war nicht nur eine neue Wirtschaftspolitik (Fünfjahrpläne, Kollektivierung der Landwirtschaft), als Resultat entstand auch die „monolithische“ Partei, in der nur noch die Stalinsche Fraktion (die mehr und mehr mit dem Parteiapparat identisch wurde) bestimmte. Da aber die Partei den Staat und damit die Wirtschaft lenkte, erweiterte sich die Macht der Führung beträchtlich. Schließlich bedeutete die Verfügung über die Instrumente der direkten Gewalt, nämlich die Armee und die politische Geheimpolizei, ebenfalls einen Kompetenzzuwachs in den Händen einer Parteispitze, die nun alles allein befahl.

Von 1922 bis 1934 durchlief Sowjetrußland eine Entwicklung, die typisch für ein nachrevolutionäres Regime ist: Erstarrung des politischen Lebens, Verlagerung der politischen Macht auf eine herrschende Gruppe, juristische Fixierung der neuen Verhältnisse und

wirtschaftliche Neuordnung. Der Gewalt kam in dieser Phase eine bedeutende Rolle zu, wurde sie doch von der herrschenden Parteifraktion als Mittel gegen politische Feinde wie Kritiker des wirtschaftlichen Systems und Aufbaus unnachgiebig eingesetzt. Die Kollektivierung 1929/30 und die Vertreibung von Millionen Bauern waren drastischer Ausdruck dieser Taktik, die nun nicht mehr allein gegen die „feindlichen Klassen“ gerichtet war. Die Zwangskollektivierung unter Stalin war „ebenso grausig wie der furchtbarste Bürgerkrieg“¹⁴⁾. Als Stalin Ende 1929 und Anfang 1930 mehrmals die Parole der „Liquidierung des Kulakentums als Klasse“ ausgab¹⁵⁾, wurden über fünf Millionen Bauern als angebliche „Kulaken“ enteignet und verjagt; ein großer Teil kam in der Verbannung ums Leben; die meisten Bauern wurden in die Kolchosen gepreßt. Gewalt und Terror waren die Hauptpfeiler dieser Aktion. Allein in den sechs Wochen zwischen dem 20. Januar und dem 1. März 1930 stieg die Zahl der in Kolchosen aufgegangenen Bauernbetriebe von 4,4 auf 14,3 Millionen, was ein Ergebnis des harten Drucks war, der auf die verängstigten Bauernmassen ausgeübt wurde¹⁶⁾. Wie gegen Bauern, so wuchs die Gewaltanwendung durch die Führung auch gegen die Arbeiter, also die angeblich in der Sowjetunion herrschende Klasse (worauf noch zurückzukommen sein wird). Zum Höhepunkt des Terrors aber wurden die Säuberungen von 1936 bis 1938, die zu einem Zeitpunkt einsetzten, da Stalin eine neue Verfassung und den „Sieg des Sozialismus“ in der Sowjetunion verkünden ließ.

Stalin am Hebel der Gewalt

In den Jahren bis 1934 übte die Fraktion Stalins in Partei und Staat die Macht aus, Ausschreitungen gegen Bauern und Arbeiter waren üblich, jedoch bildete die Gewaltanwendung gegenüber nichtstalinistischen Kommunisten noch die Ausnahme. Das änderte sich 1936/37, als Stalin tatsächlich zum Diktator wurde: Jetzt wurden die meisten der in Revolution und Bürgerkrieg führend tätig gewesenen Kommunisten verurteilt, später erschossen. Höhepunkt dieser Säuberungen waren die drei großen Schauprozesse, in denen über fünfzig maßgebende Führer des Sowjetkommunismus vor Gericht gestellt wurden: im August 1936 der „Prozeß der Sechzehn“ gegen Sinowjew, Kamenew u. a., im Januar 1937 der „Prozeß der Siebzehn“ gegen Pjatakow, Radek, Solkolnikow u. a. und schließlich im

März 1938 der „Prozeß der Einundzwanzig“ gegen Bucharin, Rykow, Jagoda, Krestinski, Rakowski u. a. Die Urteile gegen die einstigen Führer des Bolschewismus beruhten fast ausschließlich auf den Geständnissen der Angeklagten. Diese Methode war bereits im „Schachty-Prozeß“ 1928 und den Prozessen gegen die „Industriepartei“ und das soge-

¹⁴⁾ J. Moneta, a. a. O. (Anm. 2), S. 63.

¹⁵⁾ J. W. Stalin, Werke. Bd 12, Berlin (Ost) 1954, S. 157.

¹⁶⁾ T. Hartwig, F. Lewy u. a.: Unsere Stellung zu Sowjetrußland. Vorwort von Max Seydewitz, Berlin o. J. (1932), S. 112. Vgl. auch Die UdSSR in Zahlen, Berlin (Ost) 1956, S. 91. Die Zwangskollektivierung brachte die Landwirtschaft an den Rand des Abgrunds. Die Bauern schlachteten das Vieh ab, ehe sie in die Kolchose gingen — eine Hungersnot war die Folge.

nannte „Unionsbüro der Menschewiki“ 1930/31 praktiziert worden¹⁷⁾). In den Schauprozessen von 1936 bis 1938 waren die grotesken Beschuldigungen und Selbstbeschuldigungen jedoch weitreichender, vor allem richteten sich die Anklagen nunmehr gegen die eigentlichen Führer des Bolschewismus und gegen die Gründer des Sowjetstaates. Immer wieder wurden mit stereotypen Worten die gleichen Beschuldigungen vorgebracht: Die Angeklagten hätten „terroristische Gruppen“ organisiert, deren Aufgabe „verbrecherische sowjetfeindliche Spionage, Diversions- und Terror-tätigkeit war“.

Gerade die Revolutionäre von 1917 und Gründer des Sowjetstaates sollten den „Sturz der Sowjetmacht und Wiederherstellung des Kapitalismus und der Macht der Bourgeoisie in der Sowjetunion geplant haben“¹⁸⁾. Es wurde behauptet, die Angeklagten hätten eine Reihe praktischer Maßnahmen zur Ermordung der Genossen Stalin, Woroschilow, Shadanow, Kaganowitsch, Kirow, Kossior, Ordshonikidse und Postyschew vorbereitet¹⁹⁾. Im Prozeß von 1938 kam schließlich noch die Beschuldigung „systematischer Schädlingarbeit“ hinzu. Solche Vergehen wurden u. a. beispielsweise dem Angeklagten Selenski vorgeworfen. Seit 1906 Bolschewik, war er 1921 Kandidat und 1922 Mitglied des ZK der KPdSU geworden; lange Jahre fungierte er als Sekretär der Moskauer Parteiorganisation und Vorsitzender der sowjetischen Konsumgenossenschaften. Selenski sollte eine „Organisation“ gebildet haben, die „in die Butter Glas warfen“. Der Ankläger Wyschinski (der übrigens 1917 noch zu den Menschewiki gehörte, als Selenski bereits ein Dutzend Jahre Bolschewik war) inszenierte folgenden grotesken Dialog:

„Wyschinski: Kam es vor, daß Ihre Komplizen, Ihre Komplizen bei der verbrecherischen Verschwörung gegen die Sowjetmacht und das Sowjetvolk, Nägel in die Butter warfen? Selenski: Es kam vor.“

¹⁷⁾ Im Prozeß gegen die Menschewiki hatten international bekannte Persönlichkeiten wie der Historiker Suchanow und der Nationalökonom Groman phantastische „Geständnisse“ abgelegt und waren verurteilt worden.

¹⁸⁾ Prozeßbericht über die Strafsache des sowjetfeindlichen trotzkistischen Zentrums, 23.—30. Januar 1937. Stenogr. Bericht, Moskau 1937, S. 19.

¹⁹⁾ Prozeßbericht über die Strafsache des trotzkistisch-sinowjewistischen, terroristischen Zentrums, 19.—24. August 1936, Moskau 1936, S. 37. Die Namensliste der zu ermordenden „Kandidaten“ wurde später ausgewechselt. Beim nächsten Prozeß (1937) kam Molotow hinzu, Kossior und Postyschew wurden gestrichen; sie wurden später tatsächlich ermordet, allerdings nicht von einer Oppositionsgruppe, sondern von der Stalinschen Geheimpolizei.

Wyschinski: Zu welchem Zweck? Damit sie ‚besser schmeckt‘?

Selenski: Das ist klar.

Wyschinski: Dies ist eben die Organisierung von Schädlings- und Diversionsarbeit. Dessen bekennen Sie sich schuldig?

Selenski: Ich bekenne mich dessen schuldig.“²⁰⁾

Es erübrigt sich nach den Enthüllungen Chruschtschows, beim Niveau der Prozeßführung und solchen „Geständnissen“ auf die verlogenen Beschuldigungen näher einzugehen.

Die Parteiführer, die wegen solch absurder Anklagen erschossen wurden, mußten vorher zudem noch die schlimmsten Beschimpfungen über sich ergehen lassen. So rief der staatliche Ankläger Wyschinski zum Schluß seiner Anklagerede gegen Sinowjew und 15 Mitangeklagte in den Saal: „Ich fordere, daß diese tollgewordenen Hunde allesamt erschossen werden.“²¹⁾

Außer den Schauprozessen gab es unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführte Prozesse, so gegen Tuchatschewski und die Armeeführer im Juni 1937 und gegen die Altbolschewiki Jenukidse, Karachan u. a. im Dezember 1937. Neben diesen zentralen Tribunalen fanden ungezählte in der Provinz statt, denen die lokalen Führer zum Opfer fielen. Noch weit größer ist die Zahl der Erschossenen, die stillschweigend verschwanden, nachdem sie als angebliche „Volksfeinde“ ihre Positionen verloren hatten. Auf diese Weise vernichtete die NKWD Stalins während der Jahre 1936—1938 fast die gesamte Führergarnitur der KP aus der Zeit Lenins²²⁾.

Zu Lenins Lebzeiten waren folgende KP-Führer Mitglied des Politbüros geworden: Swerdlow, er starb 1919; Bucharin, Kamenew, Kre-

²⁰⁾ Prozeßbericht über die Strafsache des antisowjetischen „Blocks der Rechten und Trotzkisten“, 2.—13. März 1938, Stenogr. Bericht, Moskau 1938, S. 361.

²¹⁾ Prozeßbericht 1936, a. a. O. (Anm. 19), S. 167. Von den 54 Angeklagten der drei Schauprozesse wurden 48 zum Tode verurteilt und erschossen. Rakowski erhielt 20 Jahre, Radek und Sokolnikow je zehn Jahre Gefängnis, drei weitere Angeklagte zwischen acht und zehn Jahren, auch sie wurden während des Krieges liquidiert.

²²⁾ Über die Säuberungen und die Prozesse gibt es inzwischen eine umfangreiche Literatur. Hier sei verwiesen auf: Robert Conquest, Am Anfang starb Genosse Kirow, Düsseldorf 1970; Joel Carmichael, Säuberung, Berlin (West) 1972; Borys Lewytzkyj, Vom roten Terror zur sozialistischen Gesetzlichkeit, München 1961; Roy A. Medwedew, Die Wahrheit ist unsere Stärke, Frankfurt/M. 1973.

stinski, Rykow, Sinowjew und Serebrjakow; sie alle wurden in Schauprozessen verurteilt; Preobraschenski, ihn liquidierte die NKWD ohne Prozeß als „Volksfeind“; Tomski beging Selbstmord und Trotzki wurde ermordet. Der einzige Überlebende war Stalin.

Dem Zentralkomitee gehörten in der für das Bestehen der Sowjetmacht entscheidenden Periode zwischen 1919 und 1921 insgesamt 25 Personen an. Davon starben vier vor den Säuberungen: Lenin, Dzierzynski, Artem und Stutschka. Zwei verloren allen Einfluß: Muranow und Stassowa. Allein zehn wurden in Schauprozessen verurteilt: Sinowjew, Kamenew, Jewdokimow, I. N. Smirnow, Radek, Serebrjakow, Bucharin, Rykow, Rakowski und Krestinski. Vier wurden ohne öffentlichen Prozeß als „Volksfeinde“ erschossen: Beloborodow, Preobraschenski, Rudsutak und Smilga. Tomski verübte Selbstmord. Trotzki wurde ermordet. Außer Stalin überstanden nur Andrejew und Kalinin die Säuberung unbeschadet²³⁾.

Von den 32 Mitgliedern des Politbüros zwischen 1919 und 1938 fielen nicht weniger als 17 der Säuberung zum Opfer. 40 Mitglieder des Zentralkomitees der KPdSU wurden liquidiert. 18 frühere Volkskommissare (d. h. Regierungsmitglieder), 16 Botschafter und Gesandte, fast sämtliche Vorsitzende der einzelnen Republiken wurden erschossen oder verschwanden in Sibirien. Nicht anders erging es den meisten ausländischen Kommunisten, die sich zu jener Zeit in Rußland befanden. Ohne große Schauprozesse aber wurden Zehntausende alter Kommunisten erschossen oder in die Verbannung geschickt, wovon die Öffentlichkeit kaum etwas erfuhr. Auch in der Armee wütete die Säuberung; ihr fielen fast alle 80 Mitglieder des 1934 geschaffenen Obersten Kriegsrates und vermutlich 35 000 Offiziere zum Opfer. Allein im höheren Offizierskorps verschwanden drei von fünf Marschällen (Tuchatschewski, Blücher, Jegorow), 13 von 15 Armeekommandeuren, 57 von 85 Korpskommandeuren, 110 von 195 Divisionskommandeuren. Sämtliche Befehlshaber der Flotte wurden erschossen. Die Folgen dieser Dezimierung der Armeeführung 1937/38 mußte die

²³⁾ Vgl.: Illustrierte Geschichte der russischen Revolution, Berlin 1928, S. 336; Georg Schueller, The Politbureau, Stanford 1951; Max Shachtman, Behind the Moscow Trial, New York 1936, S. 123; Leo Sedow, Rotbuch über den Moskauer Prozeß, Antwerpen 1936, S. 32 ff.; „Russische Korrespondenz“, 1. Jg. Nr. 6/7, April/Mai 1920, S. 69; Kommunistische Partei der Sowjetunion. Historischer Abriß. Statistisches Material, Berlin (Ost) 1967, S. 148 ff.; auch Anm. 21.

Sowjetunion beim Überfall Hitler-Deutschlands verspüren²⁴⁾.

Die große Säuberung von 1936 bis 1938 zog einen Schlußstrich unter die gesellschaftliche Entwicklung, die — basierend auf der Grundlage der verstaatlichten Industrie und der kollektivierten Landwirtschaft — seit Anfang der zwanziger Jahre zur politischen und wirtschaftlichen Herrschaft der Apparate geführt hatte. Die blutige Säuberung beseitigte die Kräfte, die durch ihre Verbundenheit mit der revolutionären Tradition der neuen Herrschaft bei der Unterdrückung der Arbeiter latent gefährlich werden konnten.

Die politische Seite dieser Säuberung war die Ausschaltung jeder potentiellen Opposition gegen das Stalin-Regime durch die Ausrottung der Kader, der in irgendeiner Situation (z. B. in einem Krieg) einen Gegenpol zur Stalin-Führung zu bilden in der Lage waren. Der unumschränkte Terror der Geheimpolizei sollte zugleich jeden möglichen Oppositionsfaktor von unten ausschalten.

In der Säuberungsphase wurden aber nicht nur tatsächliche und potentielle Gegner des Stalinismus liquidiert, sondern auch viele derjenigen, die Stalin mit an die Macht gebracht hatten²⁵⁾. Dies war der Ausgangspunkt eines völlig neuen Machtsystems, nämlich der Ein-Mann-Herrschaft Stalins auch über die Apparate. Damit wurde die politische Polizei — der Sicherheitsdienst — auch zur entscheidenden Gruppe innerhalb der Bürokratie.

Die Säuberung lieferte gleichzeitig Sündenböcke für alle Fehler und Mängel in Wirtschaft und Verwaltung. „Jetzt ist es klar, warum es bei uns bald hier bald dort Stokungen gibt, warum auf einmal bei uns trotz Reichtum und Überfluß diese oder jene Produkte fehlen. Eben deswegen, weil diese Veräter daran schuldig sind“²⁶⁾, erklärte z. B. Wyschinsky im Schauprozess. Diese Praxis steigerte sich zu einem solchen Ausmaß, daß Molotow schon 1937 bremste: „Andererseits versuchen jetzt viele Mitarbeiter, alle ihre Sünden auf die Schädlinge abzuwälzen. Ist ir-

²⁴⁾ Vgl. dazu: Pjotr Grigorenko, Der sowjetische Zusammenbruch 1941, Frankfurt/M. 1969. Zur Säuberung der Armee: L. Nikulin/A. Gorbatow, Geköpfte Armee, Berlin (West) 1965; Michel Garder, Die Geschichte der Sowjetarmee, Frankfurt/M. 1968.

²⁵⁾ Auf dem XX. Parteitag sagte Chruschtschow, daß 70 Prozent der vom XVIII. Parteitag 1934 gewählten Mitglieder und Kandidaten (die fast alle Stalin-Anhänger waren) in den Säuberungen „verhaftet und liquidiert“ wurden.

²⁶⁾ Prozeßbericht 1938, a. a. O. (Anm. 20), S. 731.

gend etwas schlecht, so sagt man, der Schädling ist schuld.“²⁷⁾

Zwei Faktoren gelangten im Verlaufe der Säuberungsaktion zu immer größerer Bedeutung und führten zu einer sprunghaften Ausdehnung der Säuberung: „Erstens hatte jeder NKWD-Beamte ein Interesse daran, möglichst viele Geständnisse zu produzieren... Jeder polizeiliche Untersuchungsrichter, der die Beweise gewissenhaft prüfte und zögerte, einen ‚Fall‘ zu verfolgen, weil eine Schuld nicht vorzuliegen schien, riskierte, selbst als Beschützer gegenrevolutionärer Saboteure entlarvt zu werden: zu viele seiner Kollegen und Untergebenen beneideten ihn um seinen Posten, als daß er dieses Risiko hätte auf sich nehmen können. Der zweite Faktor bestand darin, daß die zur Zwangsarbeit Verurteilten, als die Zahl in die Millionen wuchs, anfangen, eine Rolle in der nationalen Wirtschaft zu spielen...“²⁸⁾

Schließlich haben Karrierismus und persönliche Rachsucht die Säuberung katastrophal ausgeweitet. Im Januar 1938 mußte das ZK konstatieren: „Es ist an der Zeit, solche, mit Verlaub zu sagen, Kommunisten zu entlarven und sie als Karrieristen zu brandmarken, die bestrebt sind, auf Grund von Parteiausschlüssen hochzukommen, die bestrebt sind, sich mit Hilfe von Repressalien gegen Parteimitglieder eine Rückversicherung zu schaffen.“²⁹⁾

Terror und Gewalt nahmen 1938 unvorstellbare Formen an. Niemand, bis in die höchsten Spitzen des Staates und der Partei hinein, war davor sicher, Opfer Stalins, Jeshows und der NKWD zu werden. Der Kommunistenführer Barmine, zuletzt sowjetischer Gesandter in Athen, äußerte sich unmißverständlich: „Es war nicht die Liquidierung einer Verschwörung, es war nicht der Versuch feindlicher Parteien, es war nicht die Unterdrückung einer Opposition. Es war die systematische

Vernichtung aller jener, die mit ihrem klaren Verständnis der sozialistischen Sache gedient hatten und sich der kaltblütigen Verwandlung ihres Staates in einen totalitären Sklavenstaat widersetzen. Es war eine Gegenrevolution.“³⁰⁾

Im März 1939 trat der XVIII. Parteitag der KPdSU zusammen, und Stalin verkündete nach der Säuberung, daß der „Sozialismus“ nun endgültig aufgebaut sei. Die KPdSU zählte noch 1 600 000 Mitglieder, 300 000 weniger als vor der Säuberung (Mitglieder und Kandidaten zusammen gingen von 2,8 Millionen auf 2,47 Millionen zurück)³¹⁾. Nur etwa 20 000 Veteranen aus der Zeit vor 1918 waren 1939 übriggeblieben. Da die Partei 1918 immerhin 270 000 Mitglieder gezählt und es sich dabei meist um junge Menschen gehandelt hatte, muß der größte Teil der Altkommunisten bei den Stalinschen Säuberungen ausgeschlossen und liquidiert worden sein. 130 000 Mitglieder der Partei waren 1939 seit dem Jahre 1920 in der KP. Damals aber zählte die Kommunistische Partei 730 000 Mitglieder. Auch der Großteil dieser 600 000 Kommunisten ist wohl Stalin zum Opfer gefallen³²⁾. Innerhalb von 15 Jahren, zwischen 1923 und 1938, wurden nicht weniger als 2,5 Millionen Mitglieder aus der KPdSU ausgeschlossen, d. h. mehr, als die Partei im Jahre 1939 überhaupt an Mitgliedern zählte. Allein während der Säuberung von 1934 bis 1938 betrug die Zahl der Ausgeschlossenen über eine Million — und Ausschluß war in der damaligen Zeit gleichbedeutend mit Verbannung oder Todesurteil. Solche Zahlen zeigen auf drastische Weise, mit welchen Mitteln die Leninsche Partei durch Stalin verändert worden war. Durch Gewalt schuf sich Stalin eine neue, eine eigene Partei.

Die große Säuberung wurde zum tiefgreifenden Einschnitt in die sowjetische Geschichte. Sie war mehr als nur Ausdruck der persönlichen Machtentfaltung Stalins, wenn sie auch von dessen Herrschsucht und barbarischen Methoden geprägt wurde. Die Säuberung war der Schnitt, der die Sowjetunion von ihrer eigenen revolutionären Vergangenheit trennen

²⁷⁾ W. M. Molotow, Die Lehren der Schädlingearbeit der Diversionen und der Spionage der japanisch-deutsch-trotzkistischen Agenten, Strasbourg 1937, S. 61.

²⁸⁾ H. Seton-Watson, Von Lenin bis Malenkov, München 1955, S. 156.

²⁹⁾ Über die Fehler der Parteiorganisationen beim Ausschluß von Kommunisten aus der Partei, über das formal-bürokratische Verhalten zu den Appellationen aus der KPdSU(B) Ausgeschlossener und über die Maßnahmen zur Beseitigung dieser Mängel, Moskau 1938, S. 9. In diesem Beschluß wurde auch ein Ausspruch Stalins zitiert, nach dem „für die einfachen Parteimitglieder das Verbleiben in der Partei oder der Ausschluß aus der Partei eine Frage von Leben und Tod ist“ (a. a. O., S. 14).

³⁰⁾ A. Barmine, Einer der entkam, Wien o. J. (1947), S. 453.

³¹⁾ Die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU), Berlin (Ost) 1958, S. 90.

³²⁾ Vgl. Wolfgang Leonhård, Schein und Wirklichkeit in der Sowjetunion, Berlin (West) 1952, S. 68 f. Vgl. auch Roy Medwedew, Wo blieb die eine Million verhafteter Kommunisten? „Archipel Gulag II“, in: Rudi Dutschke/Manfred Wilke (Hrsg.): Die Sowjetunion, Solschenizyn und die westliche Linke, Reinbek b. Hamburg 1975, S. 226 ff.

sollte. Die gesellschaftlichen Probleme ließen sich jedoch nicht auf Dauer mit Terror regeln. Auch wenn Stalin bis zu seinem Tode die Macht halten konnte (und 1949 und 1952/53

nochmals durch Säuberungen diese Methoden der Gewalt praktizierte), zeigen die Veränderungen nach seinem Ableben doch die zwiespältige Rolle des Stalinismus.

Der Weg zur modernen Industriegesellschaft

Die Veränderungen in der Sowjetunion waren nicht nur politischer und gesellschaftlicher Art. Viele Methoden der Gewaltanwendung galten anderen Zielen; sie sollten den wirtschaftlichen Durchbruch bringen. Ohne Zweifel hat es das stalinistische System — wenn auch unter Machtmißbrauch — verstanden, in dem unterentwickelten Agrarland Rußland eine moderne Industriegesellschaft aus dem Boden zu stampfen. Unter Stalin überwand Rußland seine wirtschaftliche und technische Rückständigkeit und seinen kulturellen Nachholbedarf. Die Erfolgspalette reichte von der Beseitigung des Analphabetentums bis zur Entwicklung der Weltraumtechnik. Diese großartigen Erfolge der „Kulturrevolution“ wurden aber mit stalinistischen Mitteln erreicht und zeigten so eine erschreckende Kehrseite. Das wissenschaftliche und kulturelle Leben (das gerade in der Revolutionszeit in Vielfalt aufgeblüht war) erstarrte in Monotonie. Die Reglementierung von Kunst und Wissenschaft geschah ebenfalls mit Methoden der Gewalt und führte zum Konformismus, zum kleinbürgerlichen Spießertum und zur sterilen Konservierung überkommener Verhaltensnormen. Das geistige Leben verkümmerte unter der Einwirkung der Gewalt.

Andererseits führte die Industrialisierung zu überragenden Ergebnissen. So wurden die Erträge der Schwerindustrie von 1928, dem Beginn der eigentlichen Industrialisierung, bis 1955 verzehn- bis verzwanzigfach (die Stahlproduktion stieg z. B. von 4,3 Mill. t auf 45,3 Mill. t). Die Folge war eine soziale Umwandlung: Der Anteil der Arbeiter und Angestellten erweiterte sich von 17,6 im Jahre 1928 auf 58,3 Prozent im Jahre 1955, die Stadtbevölkerung vermehrte sich im gleichen Zeitraum von 17,9 auf 43,4 Prozent ³³⁾.

Es ist umstritten und fraglich, ob die Veränderungen der politischen Struktur, d. h. der mit dem Übergang von Lenin auf Stalin stattfindende Wechsel der Methoden — vor allem die Rolle der Gewalt —, Voraussetzung dieser großen Erfolge war. Ebenso ist schwer zu entscheiden, inwieweit der äußere Druck der iso-

lierten Sowjetunion die innere Gewaltanwendung aufzwang oder sie zumindest förderte. Hier dürften Ursache und Wirkung schwer auseinanderzuhalten sein. Ohne Zweifel wirkte die drohende Gefahr, die der deutsche Faschismus seit 1933 für die Sowjetunion bedeutete, auf die inneren Verhältnisse zurück. Doch war der Sieg des Nationalsozialismus andererseits auch durch die sowjetische Außenpolitik gefördert worden. Stalins Kampf gegen die Sozialdemokratie als „Hauptfeind“, seine Theorie vom „Sozialfaschismus“, hatten die antifaschistischen Kräfte entscheidend geschwächt. Mit dem Sieg Stalins hatte sich auch der Weltkommunismus gewandelt. Die Kommunistische Internationale, die zentralistische Kampforganisation aller kommunistischen Parteien, war in der Lenin-Ära auf die Weltrevolution fixiert und die sowjetische Außenpolitik war ursprünglich diesem Ziel untergeordnet gewesen. Doch im gleichen Maße, in dem der Sowjetstaat erstarkte und gleichzeitig die revolutionäre Welle in Europa abebbte, änderte sich die Beziehung zwischen der Komintern und der Sowjetunion: die Sowjetunion Stalins diktierte nunmehr den Kurs der Komintern und legte die kommunistischen Parteien in aller Welt auf ihre Interessen (oft sogar nur ihre vermeintlichen Interessen) fest.

Während der Stalinschen Säuberungen wurde auch der Komintern-Apparat in Moskau dezimiert, und ein Großteil der in die Sowjetunion emigrierten ausländischen Kommunisten wurde umgebracht ³⁴⁾. Im Innern der Sowjetunion nahmen Gewalt und Terror in der Spätphase des Stalinismus insofern besondere Formen an, als sie sich gegen ganze Nationalitäten in der UdSSR richteten. Die Revolution von 1917 hatte die russische Unterdrückung der nationalen Minderheiten beendet. Unter dem Leninismus war der russische Chauvinismus bekämpft worden. Bereits Mitte der dreißiger Jahre, besonders aber in und

³³⁾ Die UdSSR in Zahlen, a. a. O. (Anm. 16), S. 9 und 11.

³⁴⁾ Vgl. Borys Lewytzkyi, Die rote Inquisition, Frankfurt/M. 1967, S. 133 ff.; Günter Nollau, Die Internationale, Köln 1959, S. 150 ff.; Hermann Weber, Die Kommunistische Internationale, Hannover 1966, S. 305 ff. Zur Stalinisierung der KPD: Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus, 2 Bde, Frankfurt/M. 1969.

nach dem Zweiten Weltkrieg, wurde der russische Nationalismus von Stalin in die Ideologie einbezogen. Die Konsequenz dieser antileninistischen Nationalitätenpolitik enthüllte Chruschtschow auf dem XX. Parteitag: Ende 1943 wurden sämtliche Karatschajer aus ihrem angestammten Land deportiert, und Ende Dezember 1943 erlitt die gesamte Bevölkerung der autonomen Kalmückenrepublik dieses Schicksal. Im März 1944 deportierte man sämtliche Tschetschenen und Inguschen (fast eine halbe Million Menschen!) nach Sibirien und löste ihre autonome Republik auf. Im April 1944 ließ Stalin alle Balkaren in entlegene Gebiete verschleppen. Die Ukrainer entgingen diesem Schicksal nach Meinung Chruschtschows lediglich deshalb, „weil sie zu zahlreich sind und kein Raum vorhanden war, wohin man sie hätte deportieren können“³⁵⁾. Gar nicht erwähnt im Geheimbericht Chruschtschows sind die 700 000 Krimtataren und die Wolgadeutschen, die ebenfalls verschleppt wurden. Solchermaßen angewandte Methoden der Gewalt sind jedenfalls typisch für die Ausartung des Stalinismus, einer Willkürherrschaft ohne jede Rechtsstaatlichkeit.

Für die politische Struktur des Systems sind insbesondere die Gewaltmaßnahmen charakteristisch, die gegen die angeblich „herrschende Klasse“ der Sowjetunion, nämlich gegen die Arbeiterschaft, ausgeübt wurden. Diese Methoden waren differenzierter und subtiler, veränderten aber die Lage der Arbeiter radikal. Die Oktoberrevolution hatte unter dem Zeichen der Arbeiterkontrolle gestanden, die den Übergang zum Sozialismus bringen sollte. So erklärte Lenin zum ersten Jahrestag der Revolution: „... der erste grundlegende Schritt, der nicht nur für jede sozialistische, sondern auch für jede Arbeiterregierung obligatorisch ist, müßte die Arbeiterkontrolle sein“³⁶⁾. Auch das Programm der Bolschewiki von 1918 forderte eine „wirkliche Volkskontrolle“ gegen jede „Bürokratisierung des wirtschaftlichen Apparats“³⁷⁾. Tatsächlich gelang es den Arbeitern, „die Herrschaft über das gesamte Wirtschaftsleben durch die Eroberung der Betriebe zu erlangen“³⁸⁾. An-

fangs übten die Betriebsräte, später die Gewerkschaften eine wirkliche Kontrolle in der Industrie aus.

Unter dem Stalinismus zeichnete sich dann gerade eine umgekehrte Entwicklung ab: Der Einfluß der Arbeiter an ihrem Arbeitsplatz wurde immer geringer, die Rechte ihrer Vertreter eingeschränkt. Formal übernahm die „Troika“ (Betriebsdirektor, Parteisekretär und Gewerkschaftssekretär) die Leitung des Betriebes, doch war schon zu Beginn des ersten Fünfjahrplans (1928) der vom Staat eingesetzte Betriebsdirektor die allein bestimmende Person. Die „Ein-Mann-Führung“, die jede Mitbestimmung der Belegschaft und jede Arbeiterkontrolle ausschloß, wurde vom Stalinismus zum „sozialistischen Prinzip“ erhoben. Stalin forcierte die Heranbildung dieser Machtstrukturen, indem er die Betriebsleiter 1931 aufforderte: „Bist Du Direktor eines Betriebes — so mische Dich in alle Dinge, dringe in alles ein, lasse Dir nichts entgehen.“³⁹⁾ Eine offizielle Verlautbarung von 1947 bestätigte: „Die Ein-Mann-Führung in der Industrie bedeutet, daß an der Spitze der Betriebe und der Wirtschaftsorgane einzelne Führer stehen, die von den bevollmächtigten Staatsorganen ernannt sind. Sie sind mit allen Vollmachten ausgerüstet, die für eine erfolgreiche Tätigkeit des Betriebes und der Wirtschaftsorgane notwendig sind. Die Vorgesetzten sind Führer mit unumschränkten Vollmachten.“⁴⁰⁾

Unter dem Stalinismus erfolgte nicht nur eine allgemeine soziale Differenzierung, auch innerhalb der Arbeiterschaft selbst wurden — besonders durch das Stachanow-System — die Entlohnungs-Unterschiede immer größer. Hatte man nach der Revolution dem Gedanken einer möglichst großen Lohngleichheit gehuldigt und den verhaßten Akkordlohn abgeschafft (80 % der Petrograder Lohnarbeiter waren 1918 im Zeitlohn beschäftigt gewesen), wurde ab 1935 mit dem Stachanow-System eine neue Form des Akkords zur Erzielung besserer Ergebnisse eingeführt. Während 1928 der höchstbezahlte Arbeiter etwa zweieinhalbmal soviel verdiente wie der am niedrigsten Entlohnte, war 1938 der Spitzenlohn eines Stachanow-Arbeiters schon 12½mal hö-

³⁵⁾ Chruschtschow rechnet mit Stalin ab. Wortlaut der Rede von Chruschtschow auf der Geheimsitzung des XX. Moskauer Parteitages am 25. Februar 1956, Köln o. J., S. 17.

³⁶⁾ Lenin, a. a. O. (Anm. 11), S. 317.

³⁷⁾ Das Programm der Kommunistischen Partei Rußlands. Angenommen auf dem VIII. Parteitag (1918). Mit Einführung von K. Radek, Zürich 1920, S. 55.

³⁸⁾ Heinrich Freund (Hrsg.), Das Arbeitsgesetzbuch Sowjetrußlands, Ausgabe 1922, Hamburg-Berlin 1923, S. 5.

³⁹⁾ J. W. Stalin, Fragen des Leninismus, Moskau 1938, S. 612.

⁴⁰⁾ Zit. bei Leonhard, a. a. O. (Anm. 32), S. 15. Entsprechend hatte der Arbeiter keinerlei Mitbestimmung, für ihn hieß es: „Die Anordnung eines Vorgesetzten ist für die ihm Unterstellten Gesetz. Sie ist vorbehaltlos, genau und pünktlich zu befolgen.“ (Lehrbuch des sowjetischen Arbeitsrechts, Berlin [Ost] 1952, S. 251.)

her als der Durchschnittserwerb. 1940 lag der Spitzensatz bereits 30mal über dem durchschnittlichen Einkommen. Gewisse Lohndifferenzierungen waren im Rahmen der Industrialisierung zweifellos ebenso unvermeidbar wie Rationalisierungen; die Übersteigerungen sind aber auch aus dem Interesse der Bürokratie erklärlich, die Arbeiterschaft zu spalten.

Ein anderes Beispiel der Beschneidung der Rechte der Arbeiter sind die verschiedenen Anlässe, die zur Entlassung führen konnten. Nach dem Arbeitsgesetzbuch von 1922 hatte der Arbeitgeber dieses Recht für den Fall, daß der Arbeiter „für länger als drei Tage hintereinander oder für länger als sechs Tage im Monat im ganzen ohne wichtige Gründe nicht zur Arbeit“ erschienen war⁴¹⁾. Nach einer Bestimmung vom August 1927 sollte schon ein unentschuldigtes Fernbleiben von der Arbeit während dreier beliebiger Tage eines Monats als fristloser Entlassungsgrund genügen. Seit dem 15. November 1932 war der Arbeitgeber verpflichtet (nicht wie vorher berechtigt!), bei unentschuldigtem Fehlen an einem Tag den Arbeiter zu entlassen. Am 20. Dezember 1938 beschloß die Regierung der UdSSR gar, daß eine einzige Verspätung von nur 20 Minuten zur Entlassung ausreiche. Dieses Gesetz erwies sich jedoch insofern als zweischneidiges Schwert, als es den Bestrebungen, den Arbeiter an den Betrieb zu binden, zuwiderlief. Wollte der Arbeiter den Arbeitsplatz wechseln (was ständig erschwert wurde), so kam er einfach 20 Minuten zu spät.

Das Ende des freien Arbeitsverhältnisses brachten die Arbeitsgesetze vom Juni 1940, die dem Arbeiter den eigenen freien Arbeitsplatzwechsel untersagten. In den entscheidenden Passagen hieß es: „Das eigenmächtige Weggehen eines Arbeiters oder Angestellten von Unternehmungen und Behörden der Regierung, der Genossenschaften und der Gesellschaft, ebenso das eigenmächtige Hinüberwechseln von einer Unternehmung oder Behörde zu einer anderen ist verboten... Ein Arbeiter oder Angestellter, der eigenmächtig von einer staatlichen, genossenschaftlichen, öffentlichen Unternehmung oder Behörde weggeht, soll gerichtlich verurteilt und entsprechend dem Urteil des Volksgerichts Gefängnis für die Zeit von zwei bis vier Monaten erhalten.“⁴²⁾

⁴¹⁾ Freund, a. a. O. (Anm. 38), S. 53.

⁴²⁾ Zit. in W. Grottian, Das sowjetische Regierungssystem, Bd. 2, Köln 1956, S. 131 f.

Dieses Gesetz verlängerte außerdem den Arbeitstag und ahndete eine Verspätung des Arbeiters um 20 Minuten und jedes Arbeitsversäumnis „mit Erziehungsarbeit am Arbeitsplatz bis zu sechs Monaten, wobei bis zu 25 % des Lohnes einbehalten werden können“⁴³⁾. Diese mittelalterlich anmutende Gesetzgebung wurde durch ihre Auslegung noch verschärft, da (in der offiziellen Darstellung) als „eigenmächtige Aufgabe des Arbeitsplatzes“ auch galt: „a) die Nichtbefolgung einer durch das Ministerium... ausgesprochenen Versetzung in einen anderen Betrieb oder in eine andere Dienststelle, b) die Verletzung der Arbeitsordnung in der Absicht, damit die Entlassung zu bewirken...“⁴⁴⁾.

Diese Beispiele zeigen deutlich zwei Tendenzen: Sicherlich waren viele der Maßnahmen, die alle einen Akt der Gewalt gegen die Arbeiterschaft darstellen, nur ein Ausdruck der schnellen Industrialisierung. Die soziale Differenzierung sollte Anreize schaffen und der Druck auf die Arbeiter diese nicht nur zur modernen Industriedisziplin erziehen, sondern auch eine rasche Industrialisierung herbeiführen. Natürlich spielte dabei der Einfluß, der von der kapitalistischen Umgebung auf die Sowjetunion ausgeübt wurde, eine Rolle. Letztlich boten aber weder die Notwendigkeit der Industrialisierung noch der Druck von außen eine hinreichende Rechtfertigung für die Gewalttätigkeiten. Der Terror war zuallererst ein Signal der Vonselbständigung der neuen „Bürokratie“, der Herrschaft der Apparate über die Massen.

Wie Stalin durch drastische Säuberungen die „monolithische Einheit“ von Staat und Partei zu erreichen glaubte, sollte in der Wirtschaft durch die diktatorische Überspitzung der Gewalt und mit barbarischen Methoden der „Fortschritt“ vorangetrieben werden. In den Kreisen der kommunistischen Parteiführung, die alle drakonischen Maßnahmen unterstützen, um die rasche Industrialisierung als Voraussetzung für den „Aufbau des Sozialismus“ zu gewährleisten, tauchten sicherlich öfter Zweifel an der Richtigkeit des eingeschlagenen Weges auf. Schließlich mußten sie sich ja auch die Frage stellen, ob die Militarisierung des gesamten Lebens, die Ausschaltung der Initiative von unten, die Zerstörung des revolutionären Elans, die die stalinistischen Führungsmethoden bewirkten, nicht mehr Nachteile für den Aufbau brachten als der straffe Zentralismus Vorteile.

⁴³⁾ Lehrbuch des sowjetischen Arbeitsrechts, a. a. O. (Anm. 40), S. 296.

⁴⁴⁾ Lehrbuch, a. a. O., S. 271.

Nach Stalins Tod zeigten die veränderten sowjetischen Leitungsmethoden, daß auch in der Wirtschaft die Gewalt durch andere Komponenten ersetzt werden kann. Doch zahlreiche Probleme aus der Tradition der Gewalt und daraus abgeleitetem hierarchischem Denken sind geblieben.

Die Sowjetunion wuchs — schneller als je ein Land zuvor — vom rückständigen Agrar zum fortschrittlichen Industriestaat. Am Ende der Stalin-Ära wurde die moderne Industriegesellschaft allerdings mit Methoden der Gewalt beherrscht, die nicht nur den Theorien des Sozialismus widersprachen, sondern auch

das weitere Wachstum des Landes behinderten. Sollte tatsächlich einmal eine „historische Notwendigkeit“ für die stalinistische Form der Gewaltanwendung bestanden haben, dann war sie jedenfalls längst vor Stalins Tod überholt und hinderlich geworden. Blickt man hinter die ideologischen Rechtfertigungen und Verschleierungen des Stalinismus, so ist festzustellen, daß die Methoden der Gewalt, vor allem des Terrors, wohl kaum „historische Notwendigkeit“ waren, sondern den Interessen (manchmal nur den vermeintlichen) der herrschenden Apparate oder der Macht Joseph Stalins dienten.

Die Auswirkungen eines Parteitages

Vom XX. zum XXII. Parteitag der KPdSU

Über Gedenktage

Ein Großteil der ideologischen Arbeit der KPdSU in den letzten zehn Jahren ist auf die Feiern der zahlreichen Gedanktage gegründet. Fast in jedem Monat während dieser Jahre hat unser Land eines Jubiläums gedacht oder einen Gedenktag anlässlich irgendeines bedeutenden Ereignisses vorbereitet, das vor 20 oder 25, 30 oder 50, 100 oder 150, ja gar vor 200 oder 250 Jahren stattfand. Die Leidenschaft für Gedanktage ist, nach Meinung einiger Historiker, ein Anzeichen für das Altern eines Menschen oder des ganzen gesellschaftlichen Organismus. Leider war die nüchterne Betrachtung sowohl der gelösten als auch der ungelösten Probleme — Erfolge und Mißerfolge — nicht das hauptsächliche Merkmal der Gedenkmonate und der „Gedenkjahre“; es überwog die mehrtägige und mehrmonatliche politische Geschäftigkeit, der Leerlauf der festlichen Reden und Sitzungen, die Publikation von nichtssagenden Thesen und Hunderten von „Jubiläums“-Artikeln, Broschüren und Büchern, allesamt inhaltlos und schnell vergessen. Selbst nicht besonders „runde“ Daten wie der 40. Jahrestag des VII. Komintern-Kongresses (1935) oder der 40. Jahrestag des I. Kongresses der Sowjetschriftsteller wurden zum Anlaß für Feierlichkeiten und Auszeichnungen, die weder der gegenwärtigen Lage der kommunistischen Weltbewegung noch der Situation der Sowjetliteratur entsprachen.

Es gibt allerdings inmitten dieser Vorliebe für Gedenktage auch wichtige Ausnahmen. Wir denken dabei an solche Jubiläumsdaten, die, bei all ihrer Bedeutung, fast unmerklich vorbeigingen, obwohl gerade sie hinreichende Gründe zu ernsthaftem Nachdenken und belehrenden Schlußfolgerungen boten. So wurde z. B. in der Auslandspresse des 10. Jahrestages des Oktoberplenums des ZK der KPdSU [1964, *Anm. d. Ub.*] gedacht; die wirtschaftlichen und politischen Ergebnisse des Jahrzehnts 1964—1974 wurden ausführlich kommentiert. In der Sowjetpresse jedoch blieb dieses Datum nahezu unbeachtet. Sogar in der wirtschaftlichen Fachliteratur wurde der 10. Jahrestag der Wirtschaftsreform von 1965

nicht vermerkt, vom 20. Jahrestag des Septemberplenums des ZK der KPdSU [1953; *Anm. d. Ub.*] ganz zu schweigen.

Zur gleichen Zeit, als viele Organisationen und die Presse im Ausland (darunter auch die kommunistische Presse) nicht wenig Aufmerksamkeit dem 20. Jahrestag des XX. Parteitags der KPdSU widmeten, hat die sowjetische Presse dieses Datum fast gänzlich mit Schweigen übergangen. Weder die Februar-Ausgaben der Zeitschrift *Agitator* des ZK der KPdSU noch die Nr. 2 der Zeitschrift *Politische Weiterbildung*, noch die in Prag von vielen kommunistischen Parteien herausgegebene Zeitschrift *Probleme des Friedens und des Sozialismus* verloren ein Wort darüber. Lediglich in der *Prawda* vom 14. Februar konnte man im Leitartikel *Der folgerichtige Leninkurs*, der im wesentlichen der Vorbereitung des XXV. Parteitages gewidmet war, einige Zeilen über die große Bedeutung des XX. Parteitages der KPdSU finden. Es hieß dort, der XX. Parteitag habe „die in der Vergangenheit aufgetretenen Erscheinungen des Personenkults und die mit ihnen verbundenen Übertretungen der Normen des Parteilebens und der Grundsätze der Leitung der Partei sowie der revolutionären Gesetzmäßigkeit einer prinzipiellen Kritik unterzogen“.

Die Mehrheit der Parteimitglieder und *Prawda*-Leser werden diese in dem Leitartikel ziemlich isolierten und verwischten Formeln wohl gar nicht wahrgenommen haben. Im übrigen aber gibt es unter den Historikern und den politischen Beobachtern aller Richtungen keinerlei Zweifel, daß gerade der XX. Parteitag der KPdSU einer der wichtigsten Wendepunkte in der Geschichte der KPdSU, der UdSSR und der ganzen kommunistischen Bewegung war.

Am 14. Februar 1956, wurde in Moskau der XX. Parteitag der KPdSU eröffnet. Es war der erste Parteitag nach Stalins Tod; deshalb erhoben sich die Delegierten und die Gäste sogleich nach der Eröffnung von ihren Plätzen, um ihres unlängst verstorbenen „Vaters und Lehrers“ zu gedenken.

Obwohl seit dem XIX. Parteitag erst weniger als vier Jahre vergangen waren [5.—14. 10. 1952; *Anm. d. Üb.*], hatte sich die Zusammensetzung der Delegierten erheblich verändert. In dem Auftreten der vielen neuen Delegierten spiegelten sich die Wandlungen in der zentralen Parteileitung und in den lokalen Parteiorganisationen wider. Der Parteitag dauerte elf Tage, die voll ausgefüllt waren: Die Delegierten hörten viel Neues, sowohl in den offiziellen Vorträgen und Reden als auch hinter den Kulissen des Parteitags. [*Anm. d. Üb.*: Es ist nie bekanntgegeben worden, wie viele von den 1359 Delegierten des XIX. Parteitags unter den 1436 Delegierten des XX. Parteitags waren.]

In der Tat konnte die Parteiführung einiges unter ihren Aktiva verbuchen. Der Fortschritt in der Landwirtschaft — in den letzten Jahren der „Stalin-Epoche“ von einer schweren Krise heimgesucht — war schon 1954/55 deutlich geworden. Die landwirtschaftliche Produktion war nach dem Septemberplenium des ZK [1953; *Anm. d. Üb.*] um 20—30 % angewachsen. Auch die Einnahmen der Kolchosniki waren im Durchschnitt um fast das Doppelte gestiegen. Während die unermeßlichen Steuern, die das Dorf lähmten, abgeschafft oder drastisch reduziert wurden, waren die Einkaufspreise für die Produkte der Kolchosen merklich angestiegen. Die Pläne für die Industrieproduktion wurden überprüft: der Wohnungsbau sollte Vorrang erhalten, die Dienstleistungen und die Konsumgüterproduktion sollten entwickelt werden.

Die Partei nahm die Arbeit der Organe der Staatssicherheit unter eine strenge und effektive Kontrolle; Bestand und Funktionen dieser Organe wurden erheblich eingeschränkt. Während seiner Indienreise 1955 erklärte N. S. Chruschtschow in einer seiner Reden, daß es „in der Sowjetunion keine politischen Gefangenen“ gebe. Diese Erklärung entsprach jedoch nicht der Wahrheit. Auch im Februar 1956 saßen Millionen von politischen Gefangenen in den Gefängnissen und Lagern, die wie ein dichtes Netz über dem Land geknüpft waren. Überprüft wurde bis dahin nur die sogenannte „Leningrader Affäre“, die 1949/50 konstruiert worden war. Allerdings begann 1954/55, wenn auch sehr langsam, die Rehabilitierung einiger anderer Opfer aus einer weitaus früheren Periode. Zu Beginn des XX. Parteitags waren etwa 12 000 Personen, im wesentlichen aus dem Partei- und Komsomolaktiv der dreißiger Jahre, befreit und rehabilitiert; einige von ihnen wurden sogar zum Parteitag eingeladen. Die Mehrheit der Parteimitglieder jedoch war post mortem rehabilitiert worden.

N. S. Chruschtschow sagte in seinem Rechenschaftsbericht nichts über Stalin, er erwähnte lediglich die Vernichtung der „Berija-Bande“. Das Thema „Personenkult“ wurde immerhin in der Rede A. I. Mikojans berührt, der in vorsichtigen Ausdrücken die schweren Folgen des Kults schilderte und die Rehabilitierung solcher bedeutender Parteiarbeiter wie S. Kossior und W. Antonow-Owssejenko bekanntgab.

Nicht wenige positive Veränderungen erfuhr auch die Außenpolitik der UdSSR; auch darüber wurde auf dem XX. Parteitag gesprochen. Die entscheidende Wende in den Beziehungen zu Jugoslawien, zu Indien, zu Ägypten, zu anderen Ländern der „Dritten Welt“ — dies alles war ein sichtbares Verdienst der neuen Führung.

Nicht zuletzt die Beziehungen zu den westlichen Ländern begannen sich zu verändern. An vielen Stellen zerriß der von den beiden Seiten errichtete „Eiserne Vorhang“. Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland und die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen, der Staatsvertrag mit Österreich, die Genfer Begegnung Chruschtschows, Bulganins und Schukows mit den Regierungschefs der USA, Englands und Frankreichs bezeichneten den Anfang einer Wendung von der Konfrontation zur Zusammenarbeit. In seinem Bericht vor dem XX. Parteitag sprach N. S. Chruschtschow nicht nur über die Notwendigkeit der „friedlichen Koexistenz“, sondern sogar von den Möglichkeiten der Kooperation zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten sowie von einem möglichen parlamentarischen Weg zum Sozialismus in Westeuropa. Es wurde gesagt, daß die These von der Unvermeidbarkeit der Weltkriege unter dem Imperialismus jetzt nicht mehr gelte, daß ein neuer Weltkrieg zwischen den Großmächten vermieden werden könne und müsse; daß das Wettrüsten dem friedlichen wirtschaftlichen Wettstreit zwischen Kapitalismus und Sozialismus Platz machen müsse.

Dem stenografischen Protokoll zufolge, das im Sommer 1956 [13. 6. 1956; *Anm. d. Üb.*] herausgegeben wurde, endete der XX. Parteitag am 25. Februar, nachdem die Direktiven zum 6. Fünfjahrplan angenommen und das Zentralkomitee und die Zentrale Revisionskommission gewählt worden waren. Tatsächlich jedoch ging der Parteitag formell am Abend des 24. Februar zu Ende. Von 125 ZK-Mitgliedern, die auf dem XIX. Parteitag gewählt worden waren, kamen in das neue ZK nur 79; 54 neue

ZK-Mitglieder stärkten dort nun die Position und den Einfluß N. S. Chruschtschows. Während im Kreml das erste Plenum des neuen ZK stattfand, auf dem das Präsidium und das

Sekretariat des ZK gewählt wurden, tauschten die Delegierten in ihren Hotelzimmern ihre Meinungen über die Ergebnisse des Parteitags aus und packten ihre Koffer.

Die unerwartete nichtöffentliche Kongreß-Sitzung

Kurz vor Mitternacht wurden diese Gespräche und Reisevorbereitungen unerwartet unterbrochen. Die Parteitagsdelegierten wurden wieder in den Kreml gerufen. Ihnen wurde mitgeteilt, daß die bevorstehende Nachtsitzung des Parteitags nicht öffentlich sein würde. N. S. Chruschtschow bestieg die Tribüne und verlas vier Stunden lang, im Namen des soeben gewählten ZK sein berühmtes Referat *Über den Personenkult und seine Folgen*.

Die erschütterten Delegierten hörten den Vortrag schweigend an; hin und wieder wurde Chruschtschow durch Ausrufe der Verwunderung und der Empörung unterbrochen. Chruschtschow sprach über die ungesetzlichen Massenrepressalien, durch Stalin sanktioniert, über die grausamen Foltern, denen viele der Verhafteten, Politbüromitglieder eingeschlossen, unterworfen wurden, über ihre letzten Briefe und Eingaben. Er sprach über den Konflikt zwischen Stalin und Lenin in Lenins letzten Lebensmonaten. Chruschtschow sprach über die vielen zweifelhaften Umstände im Zusammenhang mit der Ermordung S. M. Kirows 1934 und gab zu verstehen, daß Stalin möglicherweise an diesem Mord beteiligt war. Chruschtschow sprach über Stalins Ratlosigkeit in den ersten Kriegstagen und über seine faktische Desertion von seinem Posten in jenen Tagen. Insbesondere Stalin gab der Redner die Schuld an den schweren Niederlagen der Roten Armee in der ersten Periode des Krieges; er machte Stalin für die Besetzung riesiger Gebiete unseres Landes durch die feindlichen Truppen verantwortlich. Nach dem Zeugnis Chruschtschows war Stalin auch der Initiator der Massenrepressalien in der Nachkriegszeit. Nachdem Stalin die meisten ZK-Mitglieder der dreißiger Jahre liquidiert hatte, bereitete er sich auf eine neue Vernichtung des ZK vor. 1952 waren Molotow, Kaganowitsch, Woroschilow und Mikojan faktisch aus der Parteileitung ausgeschaltet worden. Chruschtschow machte Stalin für die tiefe Krise der sowjetischen Landwirtschaft und für viele grobe Fehlkalkulationen der sowjetischen Außenpolitik haftbar. Er berichtete, daß Stalin selbst die Entstehung des Personenkults begünstigte und daß er eigenhändig ganze Seiten in seine eigene Biographie hineinschrieb.

Eine Diskussion über Chruschtschows Referat fand nicht statt. In den Beschlüssen, die aber erst einige Monate später publiziert wurden, hieß der Parteitag Chruschtschows Vortrag gut und beauftragte das ZK der KPdSU, „konsequent die Maßnahmen zu verwirklichen, die die vollständige Überwindung des dem Marxismus-Leninismus fremden Personenkults garantieren und seine Folgen auf allen Gebieten der Partei-, Staats- und ideologischen Arbeit zu beseitigen“.

Bekanntlich ist es nicht gelungen, den nicht-öffentlichen Vortrag Chruschtschows geheimzuhalten. Schon Stalin hatte gesagt, daß ein Geheimnis nur innerhalb des Politbüros gewahrt werden könne, daß, wenn man irgendeine Frage im ZK-Plenum erörtern würde, dies dem „Austragen dieser Frage auf der Straße“ gleichkäme. Chruschtschow aber hatte seinen Vortrag nicht im ZK-Plenum, sondern sogar auf einer Sitzung des Parteitags gehalten, vor fast fünfzehnhundert Delegierten aus allen Regionen. Es ist also nicht verwunderlich, daß nicht nur die Tatsache einer nicht-öffentlichen Parteitagssitzung, sondern auch die Hauptthesen des „geheimen“ Referats schon nach wenigen Tagen im Ausland bekannt und in der nichtkommunistischen Presse publiziert wurden. Dem — nicht sehr beharrlichen — Leugnen Chruschtschows glaubte niemand, um so weniger, als schon nach einigen Wochen das US-State-Department den vollen Text der Rede von N. S. Chruschtschow in englischer Übersetzung verbreitete.

Den beträchtlichen Einfluß des Referats von Chruschtschow auf die öffentliche Meinung der Welt und insbesondere auf die kommunistische Bewegung will ich hier nicht näher erörtern. Ich möchte nur anerkennen, daß die zahlreichen Vorwürfe gegen seinen Vortrag — er sei ungenügend theoretisch fundiert gewesen, habe es an der historischen Analyse der Ursachen und Bedingungen, die den Stalinkult entstehen ließen und den Massenterror gegen unschuldige Menschen erleichterten, fehlen lassen, er habe die Kritik an Stalin unzulässig auf die Periode 1934—1953 begrenzt und die verbrecherische Tätigkeit vieler engster Helfer Stalins u. v. a. mehr außer acht gelassen — unbegründet sind. Die Situa-

tion innerhalb des ZK-Präsidiiums und innerhalb des ZK selbst, auch die Lage der internationalen kommunistischen Bewegung war im Februar 1956 so, daß Chruschtschow keine längeren wissenschaftlichen Forschungen anstellen, keine detaillierten Begründungen und Erörterungen unternehmen konnte. Vieles mußte er heimlich betreiben, nicht nur ohne Wissen zahlreicher Mitglieder des Zentralkomitees oder der Kommission für Parteikontrolle, sondern auch solcher Mitglieder des ZK-Präsidiiums wie Molotow, Kaganowitsch, Malenkow und Woroschilow. Auch konnte er sich auf viele Mitarbeiter der Untersuchungsorgane und der Parteiapparate nicht verlassen. Zwar wurden nach der Erschießung von Berija in einzelnen Städten der UdSSR (Baku, Leningrad, Tbilissi) Prozesse gegen Berijas wichtigste Mitarbeiter (Abakumow, Ruchadse, Bagirow, Rapawa, Paramonow u. a.) durchgeführt, wobei die schrecklichen Verbrechen, die mit ausdrücklicher Billigung Stalins geschehen waren, entlarvt wurden; der Name Stalins jedoch wurde in diesen Prozessen nicht genannt. Der größere Teil der Leitung des ZK suchte offensichtlich die ganze Verantwortung für die Gesetzlosigkeiten der vergangenen Jahre ausschließlich den Organen der NKWD-MGB aufzubürden. Deshalb konnte sich Chruschtschow damals auf den kollektiven Willen des ZK bzw. auf die Ergebnisse der — ein Jahr vor dem XX. Parteitag geschaffenen — Molotow-Pospelow-Kommission zur Erforschung der „Fehler“ Stalins stützen. Chruschtschow ging bei der Vorbereitung und Abwägung seines Parteitagsauftritts zweifellos ein ungeheures persönliches Risiko ein — wahrscheinlich ein größeres Risiko als jenes, das er einging, als er die Verhaftung Berijas und die Zerschlagung von Berijas Stab heimlich vorbereitete. Man mußte schnell, entschieden und selbständig handeln, man konnte sich nur auf wenige vertrauenswürdige Leute stützen (damals waren es Bulganin, Schukow, Furzewa, Serow und einige andere). Das große Risiko für Chruschtschow bestand ja nicht zuletzt darin, daß weder er noch seine „Mitverschworenen“ schuldlos waren. Auch sie trugen ihren Teil Verantwortung für die Verbrechen der Stalin-Epoche, obschon dieser Teil wesentlich kleiner war als der anderer Mitglieder der Parteileitung. Würde sich die Entlarvung Stalins nicht gegen sie selbst wenden? Wenn man „den Wind säte“, würde man dann nicht „den Sturm ernten“? Dies konnte niemand im voraus wissen. Selbstverständlich wären die Hindernisse für den von Chruschtschow geplanten entscheidenden Schritt viel geringer gewesen, wenn die Verurteilung Stalins und seiner Verbre-

chen nicht so plötzlich oder sogar auf einem KPdSU-Parteitag, sondern vor irgendeinem repräsentativen internationalen kommunistischen Forum formuliert worden wäre. Dies aber war 1956 unreal und unmöglich. Man mußte entweder so handeln wie Chruschtschow — und so handeln konnte damals nur er allein — oder überhaupt nicht. Die unmittelbaren Gefahren eines derart entscheidenden Versuchs konnten hoch bedeutsam sein und waren in ihrem Umfang schwerlich vorhersehbar. Dennoch: Obwohl das Risiko sehr groß war, war es jedenfalls gerechtfertigt. Langfristig mußten die Endergebnisse einer solch dramatischen und unerwarteten Entlarvung der Verbrechen Stalins die unzweifelhaften unmittelbaren Gefahren überwiegen. Chruschtschow zog es vor, das Risiko einzugehen, und wir können ihm dafür nur dankbar sein. Die Diskussionen über die *Motive*, die Chruschtschow bewogen haben, dem XX. Parteitag über Stalins Verbrechen zu berichten und dadurch den fest in unserem Lande und in der Partei verwurzelten Stalinkult zu stürzen, dauern in der kommunistischen Presse des Auslandes und in den Arbeiten von Sowjetologen aller Richtungen bis heute an.

Die Frage nach den Motiven ist kompliziert; sie kann nicht eindeutig beantwortet werden. Der Entschluß Chruschtschows war wohl durch viele miteinander verflochtene Beweggründe bestimmt; wahrscheinlich war er sich sogar selbst nicht über alle im klaren.

Oft wird die Meinung vertreten, daß die Verurteilung der besonders krassen (wenn auch längst nicht aller) Verbrechen Stalins auf dem XX. Parteitag hauptsächlich dem Zweck diene, das System der bürokratischen Verwaltung zu rationalisieren, ja die Privilegien und die Macht der Partei zu festigen. Deshalb habe Chruschtschow in erster Linie die ungesetzlichen Repressalien gegen Parteikader verurteilt, während die Rehabilitierung jener Zehntausende revolutionärer Kommunisten, die in den zwanziger Jahren den verschiedenen innerparteilichen Oppositionsgruppen angehörten und die Ende der dreißiger Jahre fast allesamt auf Stalins Anweisungen umgebracht worden waren, auf dem XX. Parteitag nicht einmal erörtert wurde. Mit anderen Worten: Chruschtschow wollte angeblich die höheren Schichten der Bürokratie von der Angst befreien und auf diese Weise das totalitäre System perfektionieren. Wir wissen heute mit Sicherheit, daß es für niemanden gegen den Terror Stalins eine Versicherung gab; gerade die Spitzen der Partei und des staatlichen Apparates waren in all den Jahren der Stalin-Ära besonders harten Säube-

rungen ausgesetzt. Wie Napoleons Marschälle schließlich der Kriege müde geworden waren und sich nach einem ruhigen Leben in ihren Palästen oder Königreichen sehnten, so wurden auch die GebietsparteiSekretäre, Minister, Generale und Marschälle Stalins, die ihren Aufstieg ausschließlich ihm verdankten, der ewigen Furcht vor Repressalien müde, müde des krankhaften Mißtrauens Stalins, müde der Verpflichtung, nächtelang in ihren Arbeitszimmern zu sitzen und auf einen Anruf des fast immer mit irgend etwas unzufriedenen Stalin zu warten. Viele dieser „Soldaten Stalins“ waren auch der Notwendigkeit müde, Gewalt und Drohungen in ihren Regionen und Ämtern anwenden zu müssen, um maßlose Beschaffungspläne für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu erfüllen oder Anweisungen zu irgendwelchen fälligen „Hexenjagd“-Kampagnen zu befolgen. Diese Stimmungen haben ohne Zweifel Chruschtschow bei der Zerstörung des Stalinkults geholfen; sie garantierten ihm in der ersten Phase die Unterstützung der meisten Parteikader.

Dies ist aber nur die eine und wohl nicht einmal die wichtigste Seite der Wahrheit. Natürlich wünschte die Bürokratie die Beseitigung der Auswüchse des Stalinregimes; an einer offenen Entlarvung, die letzten Endes ihre Macht und ihre Autorität untergraben konnte, war sie jedoch nicht interessiert, zumal auf der höheren und mittleren Ebene der Partei- und Staatsführung der fünfziger Jahre es nur wenige Leute gab, die nicht — direkt oder indirekt — an den zahlreichen Ungesetzlichkeiten der Vergangenheit beteiligt waren. Sie fürchteten, dafür zur Verantwortung gezogen zu werden; selbst die mit vielen Ausflüchten gespickte Rede Chruschtschows schien ihnen in diesem Zusammenhang äußerst riskant und gefährlich.

Noch häufiger wird die Ansicht vertreten, daß Chruschtschows Auftritt vor dem XX. Parteitag eine entscheidende Episode im Kampf um die Macht zwischen den Spitzen der Partei und des Staates gewesen sei. Als Chruschtschow die Initiative zur Entlarvung von Stalins Verbrechen ergriff, habe er einigen „Mitreitern“ Stalins wie Molotow, Kaganowitsch, Malenkow, Woroschilow, Mikojan und anderen einen Schlag versetzt — jenen, die, nach ihrer eigenen Meinung, mehr Rechte hatten, die Macht des verstorbenen Despoten zu „erben“, als Chruschtschow. Obwohl Chruschtschow in seiner Rede kein einziges dieser Mitglieder des ZK-Präsidiums beschuldigte, war doch für alle offenkundig, daß diese Leute an den ungeheuerlichen Verbrechen, von denen in der geschlossenen Sitzung die

Rede war, beteiligt gewesen sein mußten. Durch einen unerwarteten und schnellen Vorstoß habe Chruschtschow diesen Leuten den Boden entzogen. Sie hätten nur noch die Wahl gehabt, entweder das Haupt vor seiner Macht zu neigen oder aus den gewohnten „Machtkorridoren“ hinausgeworfen zu werden. Gewiß, auch in dieser Auffassung steckt ein Stück Wahrheit.

Nicht nur aus der Rede vor dem XX. Parteitag, sondern auch aus allen späteren Äußerungen Chruschtschows, die sich mit dem „Personenkult“ befaßten, geht hervor, daß die — beim jungen Chruschtschow noch vorhandene — Ergebenheit gegenüber Stalin längst einer sorgfältig verschwiegenen Abneigung, der Angst, ja, dem Haß gewichen waren. Die Wende setzte anscheinend bereits vor dem Krieg ein und vollzog sich in den Kriegs- und in den ersten Nachkriegsjahren endgültig. Mehrfach hatte Stalin den ihm simpel und beschränkt scheinenden „Nikita“ verspottet, oft ihn erniedrigt und beleidigt. Ich hörte es mehr als einmal, daß Stalin während der langen Mittag- und Abendessen — die M. Djilas in seinem Buch *Gespräche mit Stalin* plastisch schildert — Chruschtschow zwang, den Gopak zu tanzen [*Anm. d. Übb.*: ein ukrainischer Tanz, bei dem der Tanzende in die Knie gehen muß]. „Nikita, tanze!“ rief Stalin, als während eines solchen Gelages die Nachricht von der Einnahme Kiews durch die Rote Armee eintraf.

Chruschtschow selbst hatte gelegentlich erzählt, daß Stalin ihn manchmal von weither in seine südliche Datscha bestellte, ihn im Vorzimmer stundenlang warten ließ, um dann, im Vorbeigehen, grob zu fragen: „Wozu bist Du gekommen? Fahre zurück.“ Ich habe mir auch die Geschichte notiert, wie Stalin während des Krieges, mit Chruschtschow wegen einer ungenauen Mitteilung unzufrieden, diesen mit dem Telefonhörer zu schlagen begann. Auch in der Rede vor dem XX. Parteitag sagte Chruschtschow, daß, wenn Stalin jemanden zu sich rief, dieser nie wissen konnte, ob er nach Hause zurückkehren oder verhaftet würde. Unzweifelhaft suchte dieser lange und sorgfältig geheimgehaltene Haß auf Stalin eine Gelegenheit, sich offen zu zeigen. Dies war in dem Moment möglich, als Chruschtschow nunmehr selbst an der Spitze der Partei stand.

Vieles in Chruschtschows Verhalten 1956 ist mit seinen lobenswerten persönlichen Qualitäten verbunden. A. Solschenizyn hat zweifellos recht, wenn er meint, daß ein solches Wunder wie die Auflösung der Lager und die Befreiung von Millionen Gefangenen auch

das Resultat einer „Bewegung der Seele“ Chruschtschows gewesen sei, die noch in der abstumpfenden Situation in Stalins Umgebung die Fähigkeit zu guten Taten und zur Reue sich bewahrt habe. Auch war bei Chruschtschow weitaus stärker als bei anderen Mitgliedern des Stalinschen ZK-Präsidiums die Bindung an die Arbeiter und, vor allem, an die Dorfbevölkerung erhalten geblieben. Die schwere, oft sogar tragische Lage der ukrainischen und russischen Bauern bedrückte Chruschtschow tatsächlich; oft genug war er, innerlich gepeinigt, gezwungen, eine für die Landwirtschaft unerträgliche Anordnung Stalins oder Malenkows über immense Ablieferungen und Lebensmittelbeschaffungen in den ohnehin elenden und menschenleeren Dörfern ausführen zu lassen.

Ich neige jedoch zu der Annahme, daß viele der Handlungen Chruschtschows in seinen ersten Jahren an der Spitze der Partei in einem gewissen Grade auch durch jene Eigenschaft eines Kaderarbeiters der Partei und eines Berufsrevolutionärs bestimmt wurden, die für die lokalen Parteiführer in den zwanziger Jahren charakteristisch waren und die Chruschtschow — im schlimmsten Falle nur partiell — ebenfalls sein ganzes Leben hindurch bewahrte. Um den Preis einer gewissen Vereinfachung der Wirklichkeit damals, kann man wohl sagen, daß die erste Generation der Parteiführer die an der Spitze der Revolution stand, nicht genug zusammenhielt; sie trug den Stempel der harten Fraktionskämpfe der vorrevolutionären Jahre, der Emigrantenquerelen, der theoretischen Meinungsverschiedenheiten und persönlichen Ambitionen. Lenin war zwar eine allgemein anerkannte Autorität und der unumstrittene Parteiführer; der Kampf unter den höchsten Führungsspitzen der Partei war nach seinem Tode jedoch unausweichlich, nicht nur wegen der Meinungsunterschiede über den künftigen Kurs, sondern auch als Kampf um die Macht.

Die zweite Generation der Parteiführer, die in den Jahren der Revolution, des Bürgerkrieges, des Zusammenbruchs der Wirtschaft und in den schwierigen NEP-Jahren nach oben gekommen war, hielt mehr zusammen, obwohl sie theoretisch weniger gebildet waren als ihre Vorgänger. Da diese Leute in einer anarchischen, ja, ihnen feindlichen Umgebung arbeiten mußten, hatten sie in der Regel volles Vertrauen zueinander. Es war jene besondere Freundschaft der revolutionären Funktionäre, die der Kameradschaft unter Soldaten oder der Freundschaft kampferfahrener Offiziere verwandt war, zumal sie auch die gleichen Interessen hatten. Dieser Schicht der Partei-

führer gehörten solche Leute wie Kirow, Kuibyschew, Ordschonikidse, Kossior, Tschubar u. a. an, die zu Beginn der Revolution von 1917 etwa 30 Jahre alt waren. Ihr sind auch jene jüngeren Mitarbeiter zuzurechnen, die wie Chruschtschow zu Beginn der Revolution erst etwa 23—25 Jahre alt waren. An diese Schicht schlossen sich dann unmittelbar noch jüngere Revolutionäre an wie A. Kossarew oder N. Ostrowski. Die äußere Einfachheit und sogar Grobheit Stalins imponierte dieser Mittelschicht der Partei mehr als die verfeinerte Bildung und der Hochmut Trotzki oder als der lehrhafte Dogmatismus und die intellektuelle Unentschlossenheit Kamenews und Sinowjews. Dies alles hat denn auch den Sieg Stalins über die „linke“ Opposition nachdrücklicher begünstigt als die theoretischen Differenzen.

Die zweite Generation der Parteiführer setzte sich hauptsächlich nicht aus Theoretikern, sondern aus „Männern der Tat“ zusammen, wenn auch nicht alles, was sie getan haben, Lob verdient. Es gab, übrigens, unter diesen auch junge Theoretiker, eine neue Parteiintelligenz, die allerdings nicht dazu kamen, ihre Fähigkeiten zu entfalten. Diese Menschen hatten also viele Vorzüge und viele Mängel, jedoch zählten weder bürokratischer Stumpsinn noch speichelleckerische Schmeichelei zu ihren Verhaltensmerkmalen. Noch in den zwanziger Jahren versuchte Stalin, die Solidarität dieser Schicht von Parteifunktionären zu zerstören; es gelang ihm allerdings nur teilweise. Diese Schicht kam fast vollständig in den Terrorjahren 1936—1939 um. Chruschtschow überlebte, indem er unterwürfige Verhaltensweisen, durch Stalin aufgezwungen, angenommen hatte; aber er wurde nie ein „echter“ Stalinist; in der Tiefe seiner Seele zweifelte er immer an der „Schuld“ seiner alten Freunde; er fand sich mit ihrer Vernichtung nicht ab, die auch ihm die Chance, eines schnelleren Aufstiegs zur Macht eröffnet hatte. Als Chruschtschow an die Spitze des ZK-Sekretariats der KPdSU kam und im Bündnis mit Malenkow, Bulganin und Schukow die Berija-Gruppe ausgeschaltet hatte, war er nicht nur besorgt um die wirtschaftlichen Probleme, sondern ebenso um die Wiederherstellung des guten Namens seiner früheren Freunde. Sehr bald holte er die Familie seines alten Freundes aus dem Stadtparteikomitee Moskau, S. S. Korytnys, aus der Verbannung zurück, desgleichen die am Leben gebliebenen Familienmitglieder von A. Kossarew, S. Kossior u. a.

In vieler Hinsicht ist auch diese Motivation ein Auslösen für die Rede Chruschtschows

vor dem XX. Parteitag gewesen. Er hielt diese Rede so, wie er es konnte; es steht uns nicht zu, die „ungenügende theoretische Fundierung“ seines Referats zu bemängeln. Eine entscheidende Entlarvung der Verbrechen Stalins — wenn auch nicht aller — ging von Chruschtschow aus und ist sein persönliches Verdienst. Dies bleibt die bedeutsamste Hand-

lung seines Lebens, die alle seine vorherigen und späteren Fehler überdeckt. Chruschtschow ging insbesondere durch den XX. Parteitag in die Geschichte ein, und er bleibt dank dieser Rede in der Geschichte; dies kann auch das nun schon 12 Jahre dauernde völlige Verschweigen seines Namens durch die sowjetische Presse nicht verhindern.

Die ersten Monate nach dem XX. Parteitag der KPdSU

Auch für die Menschen der Sowjetunion blieb die Rede Chruschtschows nur für kurze Zeit ein Geheimnis. Zwar wurde sie weder in den Zeitungen noch in den Zeitschriften veröffentlicht, doch wurde bald nach dem Parteitag der in einer Spezialdruckerei gedruckte Redetext an alle Kreis- und Stadtpartei Komitees versandt. Bereits einen Monat nach dem Ende des Parteitags verlasen die Vertreter der Kreispartei Komitees in kleineren und größeren Versammlungen die Rede, ohne Auslassungen, vom ersten bis zum letzten Wort. Zu diesen Versammlungen wurden sowohl Parteimitglieder als auch Parteilose eingeladen. Es gab keine Diskussionen; die anwesenden Mitarbeiter der Kreispartei Komitees beantworteten keine Fragen — sie wußten ja gar nicht, was sie hätten sagen sollten. In der Regel wurde die Versammlung für geschlossen erklärt, nachdem die Broschüre im roten Umschlag vorgelesen war. Laut Instruktion war die Broschüre nach Benutzung zu vernichten. Ich werde eine dieser Versammlungen niemals vergessen; sie fand im Klub eines Ziegelwerkes statt, unweit der Station Pribylowo im Gebiet Leningrad, wohin nicht nur Arbeiter des Werks und des Bahnhofs, sondern auch die Lehrer der kleinen Dorfschule eingeladen worden waren, deren Direktor ich damals war. Ich wußte damals schon einiges über die Verbrechen der dreißiger Jahre.

Mein Vater, ein Lehrer an der Militärpolitischen Akademie, war 1938 verhaftet worden und starb drei Jahre später, erschöpft von der ungewohnten Arbeit in den Goldgruben von Kolyma. Kurz vor seinem Tode gelang es ihm, meiner Mutter einen Brief zu schicken, in dem er detailliert die harten Foltern, denen er und seine Genossen im Butyrka-Gefängnis unterworfen wurden, ebenso beschrieb wie die unsinnigen Beschuldigungen, die man gegen sie erhob.

Das schreckliche Regime in den Lagern an der Kolyma schilderte mir 1947 der Altbolschewik I. P. Gawrilow, eine Genosse meines Vaters. Gawrilow wurde während des Krieges

plötzlich befreit; er ging als Soldat an die Front und arbeitete nach dem Sieg als Agronom auf einer Sowchose unweit von Moskau. Ein Jahr nach unserer Begegnung wurde er wieder verhaftet.

Auch für mich war die Rede Chruschtschows in vieler Hinsicht eine Offenbarung gewesen. Einen besonders starken Eindruck machte auf mich die Tatsache, daß die Geheimrede offen vor allen Werktätigen vorgelesen wurde — heute meine ich, daß auch dies auf die Initiative von N. S. Chruschtschow zurückging. Es war so, als ob die Partei sich an das ganze Volk wenden würde, mit der Bitte, ihr bei der Beseitigung der Folgen des Stalinkults zu helfen, und um eine Lage zu schaffen, die eine Wiederholung der früheren Verbrechen ausschließen würde. Einige Tage nach der Versammlung beantragte ich meine Aufnahme in die Partei.

Heute wäre es gewiß Unsinn zu sagen, daß die Entlarvung der ungeheuerlichen Verbrechen der Stalin-Epoche das Prestige der Parteiführung gefestigt hätte. Auch die Autorität der KPdSU ist dadurch nicht erhöht worden, und zur Weiterentwicklung der kommunistischen Weltbewegung hat es ebenfalls nichts beigetragen. Nein, der XX. Parteitag war ein schwerer Schlag für das Ansehen unserer ganzen Parteiführung, und es war eine schwere Prüfung für die gesamte kommunistische Weltbewegung. Viele Kommunisten in den westlichen Ländern traten aus der Partei aus. Alle fragten: „Wie konnte es geschehen?“, bekamen aber keine vernünftige Antwort. Bekanntlich schrieb die bürgerliche und die sozialdemokratische Presse — von den Zeitungen und Zeitschriften der Emigranten ganz zu schweigen — seit langem über bolschewistische „Missetaten“ aller Art, über den Massenterror, über Hunderte von KZ's im Osten und Norden des Landes, die überfüllten Gefängnisse, die physische Vernichtung seiner politischen Opponenten und Gegner durch Stalin. Nicht selten hat man die Methoden des NKWD-MWD-MGB in der westlichen

Presse mit denen der Gestapo verglichen, die Opfer des Stalinterrors mit Millionen beziffert. Sowohl die Kommunisten als auch viele westliche Liberale wiesen diese Daten und Vergleiche als vorsätzliche Lüge und Verleumdung zurück. Und nun kommt plötzlich aus Moskau vom Parteitag die Nachricht, daß vieles von dem, worüber die bürgerlichen Zeitungen geschrieben haben, der Wahrheit entspricht, um so mehr, als Chruschtschow Fakten vor dem Parteitag ausbreitete, von denen selbst die Gegner der UdSSR kein Bild hatten. Dies war ohne Zweifel eine harte Probe für alle Freunde der UdSSR und die Anhänger des Sozialismus. Man kann heute mit Bestimmtheit sagen, daß der XX. Parteitag und die mit ihm verbundenen Ereignisse, z. B. die Unruhen in Polen und der Aufstand in Ungarn, in der kommunistischen Weltbewegung eine schwere Krise hervorgerufen haben. Angesichts dieser Krise haben viele ehrliche und aufrichtige Kommunisten oft sich selbst und andere gefragt, ob es denn notwendig war, offen, vor aller Welt über die schweren Verbrechen Stalins zu reden, zumal dafür in einem bedeutenden Maße die Partei als Ganzes verantwortlich war, von ihren Führern gar nicht zu reden. „Was soll ich tun?“ fragte mich 1956 ein guter Bekannter, damals Rayonparteisekretär in Leningrad, „wenn im nächsten Monat bekanntgegeben wird, daß selbst Sinowjew, Trotzki und Bucharin völlig unschuldig waren, daß auch ihre Hinrichtung zu den Verbrechen Stalins gezählt werden muß, daß er selbst die Ermordung von S. M. Kirow organisiert hat? Wie soll ich das alles den Arbeitern oder Studenten erklären?“ Für mich war das kein Problem. Ich war davon überzeugt, daß die Wahrheit über die Verbrechen der vergangenen Jahre vor Partei und Volk offengelegt werden mußte. Die Krise, die der XX. Parteitag in der kommunistischen Weltbewegung ausgelöst hatte, war die unausweichliche Quittung für die Vergangenheit. Diese Vergangenheit konnte man ja ohnehin nicht verborgen halten — früher oder später wäre sie auf irgendeinem anderen Weg bekanntgeworden. Dann aber wären die Folgen noch schlimmer gewesen.

Um den tiefen Schock, ausgelöst durch den Zusammenstoß mit der harten Wahrheit über die Folgen des Stalinkults, zu überwinden, mußte man zweifellos die politische Atmosphäre und die Arbeitsmethoden von Partei und Parteiführung deutlich verändern, die Linie des XX. Parteitags offen und ehrlich fortsetzen. Doch leider verlief die weitere politische Entwicklung im Lande und in der Partei in einem komplizierten Zick-Zack-Kurs, was

der Regeneration unseres gesellschaftlichen Lebens wenig genützt hat.

Schon in den ersten Monaten nach dem XX. Parteitag entwickelten sich einige Dinge ganz anders, als man erwarten konnte. Als im April und Mai die Kommunisten auf den Parteiversammlungen in Leningrad wieder die Frage nach dem Stalinkult stellten, wurde sie entschieden zurückgewiesen. Ein Altbolschewik, der auf der Parteikonferenz der Leningrader Universität eine große Rede über die Verbrechen Stalins gehalten hatte, wurde einige Tage später aus der Partei ausgeschlossen. Ein mir bekannter Dozent für Marxismus-Leninismus, der in einer seiner Vorlesungen die Ursachen des Personenkults erörtert hatte, wurde zum Büro des Stadtpartei Komitees zitiert und erhielt einen strengen Verweis. Als in der Zeitschrift *Fragen der Geschichte* im März 1957 der Artikel von E. N. Burdschalow mit einer ziemlich vorsichtigen Kritik der Fehler Stalins erschien, gab das ZK der Partei eine besondere Verordnung heraus: Die Zeitschrift wurde gerügt, fast das ganze Redaktionskollegium auseinandergelagt.

Die *Prawda* druckte zwei große Artikel aus der offiziellen chinesischen Zeitung *Jen Min Jih Bao* nach (und veröffentlichte sie als Sonderdrucke), in denen die unmenschlichen Verbrechen Stalins als „Fehler“ und als „Übertretungen der revolutionären Gesetzmäßigkeit“ bezeichnet wurden. Der Autor (man verheimlichte in Parteikreisen nicht, daß Mao Tse-tung persönlich sie redigiert oder gar geschrieben hatte) der Artikel versuchte, unter Zuhilfenahme sophistischer Überlegungen zu beweisen, daß viele von Stalin begangenen „Fehler“ sogar nützlich gewesen waren, da sie die historische Erfahrung der Diktatur des Proletariats „bereicherten“. Am 30. Juni 1956 faßte das ZK der KPdSU einen besonderen Beschluß *Über die Überwindung des Personenkults und seiner Folgen*, der am nächsten Tag in allen Zeitungen publiziert wurde. Dem Inhalt und der Formulierung nach war dieser Beschluß im Vergleich zu der Rede von Chruschtschow auf dem XX. Parteitag ein eindeutiger Schritt zurück. Und einige Monate später [Silvester 1956; *Anm. d. Übb.*] sah selbst Chruschtschow sich gezwungen zu erklären, daß Stalin ein „großer Marxist-Leninist“ und ein „großer Revolutionär“ gewesen sei, und daß die Partei es nicht zulasse, „den Namen Stalins an die Feinde des Kommunismus abzutreten“. Bei dieser Gelegenheit verurteilte Chruschtschow selbst scharf den Gebrauch des Begriffs „Stalinismus“ als Erfindung der antisowjetischen Propaganda.

Gewiß, in dieser Zeit gab es in unserem Lande auch andere Ereignisse, die unter allen Gesichtspunkten weit wichtiger waren, als diese ideologischen Schwankungen. Das größte dieser Ereignisse war die Entlassung fast aller politischen Gefangenen und die nicht minder schnelle Überprüfung der Akten und Rehabilitierung nahezu aller 1935/55 umgekommenen Häftlinge der Lager und Gefängnisse Stalins. Aufgrund einer persönlichen Anweisung von Chruschtschow wurden etwa 100 Sonderkommissionen eingerichtet, um die Rehabilitierung zu beschleunigen. Die Kommissionen setzten sich zusammen aus Vertretern der Staatsanwaltschaft und des ZK der KPdSU, sie reisten von Moskau aus zu allen Gulag-„Inseln“. Die Akten der Häftlinge wurden am Ort überprüft; zur Rehabilitierung und Befreiung genügte fast immer eine flüchtige Durchsicht der Anklageschrift und eine kurze persönliche Unterhaltung mit dem Beschuldigten. Es ging ja nicht nur um Tausende, und die Kommissionen hatten keine Zeit, monatelange Überprüfungen und Prüfungen der Überprüfungen zu veranstalten. Bereits im Sommer 1956 wurden mehrere Millionen politischer Gefangener entlassen und rehabilitiert. Zuerst kamen Parteimitglieder und Familienangehörige der erschossenen und umgekommenen Kommunisten frei. Millionen von Sträflingen, deren Fristen längst abgelaufen waren und die trotzdem in den Lagern oder in der Verbannung festgehalten wurden, sind ebenfalls damals freigelassen worden. In komplizierteren Fällen wurden sie ohne Rehabilitierung freigelassen, mit dem Vorschlag, sie sollten später ihre Rehabilitierung selbst durchfechten. Befreit wurden auch fast alle Parteilosen, die aufgrund falscher Anschuldigungen wegen „antisowjetischer Tätigkeit“ verurteilt worden waren. Die Freiheit erlangten auch die wenigen am Leben gebliebenen Mitglieder der Parteien der Sozialrevolutionäre [Anm. d. Ub.: Lenins Koalitionspartner 1917/18], der Menschewiki und der Anarchisten, die zuweilen schon seit 25 oder 30 Jahren in den Lagern saßen. In denselben Monaten wurden schließlich alle Kriegsgefangenen und von den Deutschen „verschleppten“ sowjetischen Bürger befreit und rehabilitiert, die sich während des Krieges nicht durch Zusammenarbeit mit dem Feind kompromittiert hatten.

Für das innere Leben der UdSSR war die Heimkehr von Millionen Inhaftierten zu ihren Familien sowie die Rehabilitierung der Millionen ermordeter und verstorbener Opfer des Stalinterrors eine weitaus wichtigere Folge des XX. Parteitags der KPdSU als die öf-

fentliche politische Verurteilung Stalins. Gerechterweise muß man allerdings anmerken, daß die Arbeit der Rehabilitierungskommissionen in Moskau und vor Ort von Kompromissen und Unentschlossenheit nicht frei war. Die Rehabilitierung der verstorbenen und erschossenen Gefangenen — deren Zahl weitaus höher war als die der Überlebenden — wurde in der Regel nur aufgrund der Eingaben von Verwandten und Freunden betrieben. Wenn es keine Eingabe gab, so gab es gewöhnlich auch keine Rehabilitierung. Auch suchte niemand die Verwandten oder die Kinder der Verstorbenen auf, um ihnen die Rehabilitierung mitzuteilen und wenigstens eine kleine Entschädigung für das konfiszierte Eigentum, die weggenommene Wohnung und das vernichtete Leben anzubieten. Die Rehabilitierung geschah gewöhnlich individuell, obwohl die Opfer einst nahezu ausnahmslos wegen der Zugehörigkeit zu irgendeiner der mythischen „antisowjetischen“ Organisationen verurteilt worden waren. Namenslisten der Rehabilitierten und Ermordeten wurden nirgendwo veröffentlicht. Obwohl die überlebenden Anhänger der oppositionellen Gruppen der zwanziger Jahre freikamen, ist die Mehrheit von ihnen nicht rehabilitiert worden, von den Menschewiki oder Sozialrevolutionären ganz zu schweigen. Doch auch sie haben jahrzehntelang schuldlos in den Gefängnissen und Lagern gesessen. Eine Überprüfung der gefälschten politischen Prozesse von 1928/31 und von 1936/38 wurde ebenfalls nicht vorgenommen. Die Frau von N. N. Krestinski, der zusammen mit N. Bucharin zum Tode verurteilt worden war [der dritte Prozeß im März 1938; Anm. d. Ub.], hat nach dem XX. Parteitag sieben Jahre lang versucht, die Rehabilitierung ihres Mannes zu erwirken. Als man ihr telefonisch aus dem ZK der KPdSU mitteilte, daß ihr Mann rehabilitiert und wieder Parteimitglied sei, brach sie neben dem Telefon tot zusammen — Herzinfarkt. Bucharins Frau durfte nach 17 Jahren der Haft und der Verbannung nach Moskau zurückkehren; sie wurde rehabilitiert, nicht aber ihr Mann — bis heute nicht. Selbst der Prozeß, in dem M. Tuchatschewski, I. Jakir und andere Militärführer zum Tode verurteilt worden waren [Juni 1937; Anm. d. Ub.], wurde erst 1957 überprüft.

Die Untersuchungsrichter des NKWD, die schuld waren an den Foltern und Qualen der Menschen, wurden nicht zur Rechenschaft gezogen, die Chefs von Gefängnissen und von Lagern wurden nicht bestraft, die Namen von Verleumdern und Denunzianten wurden nicht publiziert — weder die Rehabilitierungskom-

missionen noch die Staatsanwaltschaft noch die Parteiorgane waren dazu bereit. Nur in seltenen Fällen haben diese Leute, die manchmal Dutzende oder Hunderte von Ermordeten und zu Tode Gequälten auf ihrem Gewissen hatten, Parteirügen bekommen: für „Machtmißbrauch“ oder wegen der „Anwendung von unerlaubten Untersuchungsmethoden“ u. ä. m. Als die Massenrückkehr der ehemaligen Gefangenen einsetzte, erfaßte viele Denunzianten und Untersuchungsrichter, die zumeist bereits pensioniert waren, die Panik. Es gab Fälle von Wahnsinn und von Selbstmord. Ein ehemaliger Oberst des NKWD erkannte einen seiner Angeklagten auf der Straße wieder, fiel vor ihm auf die Knie und bat um Vergebung. Ein Untersuchungsrichter starb an einem Schlaganfall, als er einem seiner Opfer begegnete und es erkannte. Es gab aber auch andere Fälle. Als ein ehemaliger Schuldirektor nach langjähriger Haft im Volksbildungsministerium von Nord-Ossetien [Autonome Republik im Kaukasus, gehört zu Rußland; *Anm. d. Üb.*] erschien und im Minister seinen ehemaligen Untersuchungsrichter wiedererkannte, bekam nicht der Minister, sondern der Ex-Direktor den Infarkt. In Kiew schoß ein rehabilitierter Offizier auf der Straße auf seinen Untersuchungsrichter, der ihn einst tagelang hatte foltern lassen. Solche Fälle waren jedoch selten. Die Unruhe unter den ehemaligen NKWD-Funktionären legte sich bald. Die Mehrheit der Menschen, die sie irgendwann verurteilt hatten, lag ja längst auf den Massenfriedhöfen, und viele der Zurückgekehrten empfanden in den ersten Jahren eher Furcht vor einer erneuten Verhaftung als Zorn oder Rachedurst. Wie schrieb doch ein anonymen Dichter?

*Ohne Trauerflaggen auf den Amtstürmen,
Ohne Gedenkreden, ohne Kerzen,
Verzieh Rußland den unschuldigen Opfern,
Den Opfern und ihren Henkern.*

Bald nach dem Parteitag wurden im ZK der KPdSU Kommissionen eingerichtet, die alle Umstände der Ermordung von S. M. Kirow und der Organisierung der „offenen“ politischen Prozesse 1936/38 untersuchen sollten. Diese Kommissionen arbeiteten von Anbeginn sehr langsam; viele Hindernisse wurden ihnen vom Apparat des KGB selbst, aber auch von der Staatsanwaltschaft der UdSSR und vom Apparat des ZK der KPdSU in den Weg gelegt. Es kam vor, daß wichtige Dokumente, ohnehin nur unter großen Schwierigkeiten zu beschaffen, aus den Panzerschränken der Kommissionen spurlos verschwanden.

Nach den Ereignissen in Ungarn 1956 wurde das Problem der Stalinschen Verbrechen und das Problem der Vertiefung der Vorstellungen des XX. Parteitags der KPdSU zweitrangig. Innerhalb des ZK der KPdSU verschärfte sich der Kampf um die Macht. Es gab zwei Gruppen: die erste wurde von N. S. Chruschtschow angeführt, die zweite Gruppe bildeten die ehemaligen engen Mitarbeiter Stalins, Molotow, Malenkow, Kaganowitsch und Woroschilow, ihr schlossen sich bald Bulganin, Perwuchin, Saburow, Schepilow und einige andere an.

Obwohl in diesem Machtkampf vordergründig Wirtschaftsprobleme eine gewichtige Rolle spielten, war der springende Punkt die Frage der Fortsetzung und Entwicklung der Linie des XX. Parteitags. Diesen an dramatischen Episoden reichen Machtkonflikt hat Chruschtschow nur mit der Hilfe von G. K. Schukow und I. A. Serow, die an der Spitze der Sowjet-Armee und der KGB standen, bestehen können. Der innerparteiliche Kampf war damit aber keineswegs beendet: die nächste Etappe war die Pensionierung von Schukow und Serow, denen Chruschtschow es zwar verdankte, daß er auf seinem Posten blieb, die aber danach, nach Chruschtschows Meinung, in den Staatsgeschäften zu einflußreich geworden waren. Nach Molotow, Malenkow, Kaganowitsch und den anderen wurde alsbald auch Bulganin aus dem ZK-Präsidium der KPdSU entfernt. Obwohl N. S. Chruschtschow nun nicht nur der Leiter der KPdSU, sondern auch Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR in Personalunion war, wagte er es gleichwohl längere Zeit nicht, neue Enthüllungen der Stalinschen Politik vorzutragen. Stalins Leichnam ruhte nach wie vor in einem Sarkophag im Mausoleum auf dem Roten Platz. Viele Städte, Tausende von Straßen, Plätzen, Werken, Fabriken, Kolchosen und Instituten trugen weiterhin seinen Namen. Und zwischen 1956 und 1960 erschienen in der Sowjetpresse keinerlei Jubiläums-Gedenkartikel, die auf das Leben und die Tätigkeit der bedeutendsten Partei- und Staatsführer eingingen, die Opfer der Stalinschen Repressalien geworden waren, obwohl man sie post mortem als Personen und als Parteimitglieder rehabilitiert hatte. Stalins 80. Geburtstag jedoch am 21. 12. 1959 wurde von unserer Presse ausführlich begangen.

Die zentrale Parteizeitschrift *Kommunist* publizierte in ihrer Nr. 18, 1959, einen großen Artikel, worin, u. a., folgendes zu lesen stand: „Am 21. Dezember ist der 80. Geburtstag von J. W. Stalin, einem der bedeutendsten und ak-

tivsten Streiter unserer Kommunistischen Partei und der internationalen kommunistischen Bewegung. [...] J. W. Stalin war ein bedeutender marxistischer Theoretiker und Organisator, ein beharrlicher Kämpfer für den Kommunismus, dem Marxismus-Leninismus treu und den Interessen der Werktätigen ergeben. Er

führte hohe Parteiaufträge aus, er hatte mehr als drei Jahrzehnte lange den Posten eines Generalsekretärs des Zentralkomitees inne. Seine Verdienste um die Partei, die sowjetische Heimat und das Volk, um die internationale kommunistische und die Arbeiter-Bewegung sind groß" (S. 47).

Die Lage im Lande vor dem XXII. Parteitag der KPdSU

Die Periode zwischen dem Juni-Plenum des ZK [1957; *Anm. d. Üb.*] und dem XXII. Parteitag der KPdSU ist durch viele Umorganisationen und „Bewegungen“ gekennzeichnet. Umorganisiert wurde das System der Verwaltung von Industrie und Landwirtschaft, verändert wurde das System der Volksbildung. Die Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) wurden aufgelöst, eine Massenkampagne zur Steigerung der Fleisch- und Milchproduktion wurde durchgeführt usw. Um den noch nicht zu Ende gegangenen sechsten Fünfjahresplan durch den neuen Siebenjahresplan zu ersetzen, wurde 1959 der außerordentliche XXI. Parteitag [der einzige in der KPdSU-Geschichte— *Anm. d. Üb.*] der KPdSU einberufen. Auch die internationale Lage der UdSSR komplizierte sich zu Beginn der sechziger Jahre. Der vom XX. Parteitag verkündete Kurs der „friedlichen Koexistenz“, des wirtschaftlichen Wettbewerbs und der Entspannung wurde nicht konsequent verfolgt. Daher wechselten sich in jenen Jahren Perioden der „Erwärmung“ mit denen der Verschärfung des „kalten Krieges“ ab. Die Beziehungen zur BRD, zu den USA und zu den anderen westlichen Ländern verschlechterten sich rapide. Das Verhältnis zu Jugoslawien verhärtete sich erneut. Die Beziehungen zu China wurden frostiger und feindseliger. Sicherlich gingen viele dieser Komplikationen auf das Konto der westlichen Länder und Chinas; nicht weniger davon hatten jedoch ihre Ursache in der Instabilität der Außenpolitik der UdSSR, die das Unstete in Chruschtschows Verhalten widerspiegelte; seine Reaktionen auf manche Ereignisse in der Welt waren diesen Ereignissen nicht adäquat gewesen. Chruschtschows persönliche Macht wuchs kontinuierlich, die sogenannte „kollektive Führung“ wurde zunehmend zu einer leeren Phrase.

Je größer nun die Macht Chruschtschows wurde, um so weniger Geduld, Zurückhaltung und vernünftiges politisches Kalkül zeigte er in seiner Politik, seinen Initiativen und Unternehmungen. Wären bei uns Meinungsumfragen möglich gewesen (im Stile von Gallup oder Harris), so hätten sie unzweifelhaft ein

bedeutendes Absinken der Popularität Chruschtschows in den meisten Schichten der Bevölkerung unseres Landes registrieren können. In dieser komplizierten Situation begann die Vorbereitung des für den Herbst 1961 einberufenen XXII. Parteitags der KPdSU.

Das wichtigste Thema, das der XXII. Parteitag erörtern sollte, war das neue Programm der KPdSU. Das zweite Parteiprogramm, das noch aus dem Jahre 1919 stammte, war längst veraltet und hatte nur noch historische Bedeutung. Deshalb war auf dem XX. Parteitag eine besondere Kommission für die Ausarbeitung des Entwurfs eines neuen Parteiprogramms ins Leben gerufen worden [auch schon auf dem XIX. Parteitag 1952, unter Stalins Vorsitz; *Anm. d. Üb.*]. Die Richtlinien wurden dieser Kommission von N. S. Chruschtschow vorgezeichnet.

Es ist hier nicht unsere Aufgabe, die Vorzüge und Nachteile des neuen Parteiprogramms der KPdSU zu analysieren. Wir vermerken nur den prahlerischen und unrealen Charakter ihrer Hauptlösung — innerhalb von zehn Jahren müßten die USA wirtschaftlich nicht nur eingeholt, sondern überholt werden, d. h. in der Produktion von Waren und Dienstleistungen pro Kopf der Bevölkerung. Und in zwanzig Jahren müßte „in der UdSSR im wesentlichen der Aufbau einer kommunistischen Gesellschaft vollendet“ sein.

Ich erinnere mich, als stellvertretender Chefredakteur des wichtigen Verlages *Bildung* an einer ideologischen Sitzung Ende 1960 teilgenommen zu haben. Das Hauptreferat hielt der spätere ZK-Sekretär der KPdSU, L. F. Iljitschow. Nach dem Vortrag beantwortete er schriftlich eingereichte Fragen. Eine der Fragen lautete: „Genosse Iljitschow! Können Sie sagen, in wie vielen Jahren in der UdSSR der Aufbau des Kommunismus vollendet sein wird?“ Allgemeines Gelächter im Saal. Iljitschow antwortete lächelnd, daß dieses Problem nicht derart vereinfacht erörtert werden könne. Niemand könne konkrete Fristen für den Aufbau des Kommunismus, nennen. Vielleicht werde man dazu 40 oder 50 Jahre, viel-

leicht aber auch wesentlich mehr benötigen. Nicht einmal ein Jahr später gab N. S. Chruschtschow die Parole aus: „Die gegenwärtige Generation der Sowjetmenschen wird im Kommunismus leben.“ Der veröffentlichte Entwurf des Programms der KPdSU nannte eine ganz konkrete Frist für den Aufbau des Kommunismus — zwanzig Jahre, d. h. 1980. Diesem Programm gemäß wurden einige der Kontrollziffern für die Industrie- und Landwirtschaftsproduktion in ein Schema gepreßt, dessen Irrealität man unschwer ermes- sen kann, wenn man diese Daten mit den Zahlen für 1980 vergleicht, die vom XXV. Parteitag der KPdSU bestätigt wurden.

Die Veröffentlichung des Entwurfs des neuen Programms der KPdSU stieß bei der Bevölkerung nicht auf sonderlich viel Enthusiasmus. Die Landwirtschaft trat 1959/61 auf der Stelle,

die Versorgung der Städte mit Fleisch und Milch verschlechterte sich zusehends, die Einnahmen der Kolchosniki gingen zurück. Und es ist ganz natürlich, daß die Stimmung der Leute durch die wachsenden Schwierigkeiten der Gegenwart stärker beeinflußt wird als durch die ferne Perspektive allgemeinen Überflusses. Das Hauptproblem für Chruschtschow war jedoch der Verfall seiner Autorität in fast allen Bereichen des Partei- und Staatsapparates. Unter diesen Umständen regten sich nun auch die Kräfte, die man als „neostalinistische Reaktion“ bezeichnen könnte. Sowohl N. S. Chruschtschow als auch sein „Schattenkabinett“ spürten die wachsende prostalinistische (und entsprechend anti-chruschtschowistische) Stimmung innerhalb des Machtapparates. Dies hat Chruschtschow dazu bewogen, die Stalinfrage auf dem XXII. Parteitag der KPdSU zu erörtern.

Der XXII. Parteitag der KPdSU. Ein neuer Schritt zur Entlarvung Stalins und des Stalinismus

Es ist aus glaubwürdigen Quellen bekannt, daß während der Erörterung der Tagesordnung und der wichtigsten Themen des bevorstehenden Parteitages im ZK-Präsidium der KPdSU beschlossen wurde, auf dem Parteitag weder die Stalinfrage noch das Problem der „Antiparteigruppe von Malenkov, Molotow, Kaganowitsch und des ihnen angeschlossenen Schepilow“ zu diskutieren. Gleichwohl hatte N. S. Chruschtschow am 17. Oktober 1961, sobald er die Tribüne des Parteitags betreten hatte, nicht nur die Frage des Stalinkultes erneut scharf, entschieden und für viele Präsidiumsmitglieder überraschend gestellt, sondern außerdem offen und direkt das Problem der Stalin-Mitarbeiter aufgeworfen.

„Zunächst“, sagte Chruschtschow, „haben Molotow, Kaganowitsch, Malenkov und Woroschilow der Parteilinie der Verurteilung des Personenkults und der Entfaltung der innerparteilichen Demokratie, der Verurteilung und Korrektur aller Machtmißbräuche, der Entdeckung aller konkret Schuldigen an den Repressalien scharfen Widerstand geleistet. Diese ihre Position war nicht zufällig; sie tragen selbst persönliche Verantwortung für viele Massenrepressalien gegenüber Partei-, Wirtschafts-, Militär- und Komsomolkader und für andere Erscheinungen ähnlicher Art zur Zeit des Personenkults.“

Die überraschende Wendung in der Rede Chruschtschows wurde hinter den Kulissen

des Parteitags lebhaft kommentiert. Einer meiner Bekannten, der im Serviceapparat des Parteitags arbeitete, hörte M. A. Suslow in der Pause am zweiten Tage des Kongresses im Erfrischungsraum zu seinen Gesprächspartnern sagen: „Warum hat er die überflüssige Beschäftigung mit dieser toten Katze der Antiparteigruppe wiederaufgenommen. Wir hatten uns doch entschieden, diese Fragen auf dem Parteitag nicht zu behandeln.“

Jetzt konnte man jedoch der Erörterung der Verbrechen Stalins und seiner nächsten Helfer nicht mehr ausweichen. Alle Redner aktualisierten eilig ihre vorbereiteten Texte für den Parteitag. K. T. Masurow berichtete als einer der ersten Redner detailliert, wie Malenkov die belorussischen Parteikader vernichtet hatte. Z. A. Furzewa sprach über die Verbrechen Kaganowitschs und Molotows. D. S. Poljanski bekundete, wie Kaganowitsch die Parteikader am Kuban zerschlagen hatte. M. A. Scholochow, der am 24. Oktober sprach, trat unzweideutig dafür ein, die Mitglieder der Fraktionsgruppe aus der Partei auszuschließen. „Jetzt auf dem Parteitag“, sagte Scholochow, „sind uns neue Details über ihre verbrecherische Tätigkeit bekanntgeworden, und nun stellt sich die Frage von selbst: Wie lange werden wir in den Reihen der Partei Arm am Arm mit jenen stehen, die der Partei soviel nicht wieder gut zu machenden Schaden zugefügt haben? Sind wir nicht zu geduldig mit jenen, die Tausende von Söhnen der Heimat

und Tausende vernichteter Leben ihrer Nächsten auf dem Gewissen haben? Sie müssen und sie werden für die begangenen Verbrechen gegen das Volk und die Partei zur Verantwortung gezogen werden. Dies ist ein allgemeinemenschliches Gesetz." Der Applaus des Parteitages begleitete diese Sätze.

Besonders präzise Angaben über die Verbrechen Stalins und seiner engsten Helfer machten L. F. Iljitschow, N. M. Schwernik, A. N. Schelepin und S. T. Serdjuk. Schelepin war 1961 Vorsitzender des KGB, Serdjuk war Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Komitees für Parteikontrolle; ihre Ausführungen enthielten für die damalige Zeit sensationelle Einzelheiten über die Ereignisse von 1936/39. Als N. S. Chruschtschow in seinem Schlußwort zur Debatte seines Rechenschaftsberichts das Fazit der Beratungen im Plenum zog, ging er wiederum auf die Verbrechen Stalins und seiner nächsten Umgebung ein, wobei er dieser Thematik noch mehr Zeit und Aufmerksamkeit widmete als in seinem eigentlichen Rechenschaftsbericht. Er schilderte genau die Umstände des Todes von Ordschonikidse, er sprach über die Erschießung von A. Swanidse, über die Ermordung der Führer der Roten Armee und der ZK- und Politbüromitglieder, über die äußerst fragwürdigen Umstände des Kirow-Mordes. Unter einmütiger Zustimmung des Parteitages schlug Chruschtschow vor, das „Andenken der Genossen, die Opfer der Willkür wurden“, zu verewigen, indem man ihnen in Moskau ein Denkmal errichte.

Bevor der XXII. Parteitag zu Ende ging, forderten I. W. Spiridonow von der Leningrader Parteiorganisation, P. N. Demitschew von der Moskauer, G. D. Dschawachischwili von der Georgischen und N. W. Podgorny von der Ukrainischen Parteiorganisation, den Sarkophag mit dem Leichnam Stalins aus dem Mausoleum zu entfernen, denn, so sagte Demitschew, „ihn noch länger dort zu belassen, wäre eine Missetat“. Nach der Rede der Parteitagsdelegierten D. A. Lasurkina, die 17 Jahre in den Lagern und Gefängnissen Stalins verbracht hatte, beschloß der Parteitag, Stalins Leichnam aus dem Mausoleum zu entfernen. In dem Beschluß stand, u. a. folgendes:

„Die weitere Aufbewahrung des Sarkophages [...] im Mausoluem wird als nicht zweckmäßig angesehen, da die ernsthaften Verstöße Stalins gegen Lenins Vermächtnis, sein Machtmißbrauch, die Massenrepressalien gegen ehrliche Sowjetmenschen und andere Handlungen während der Periode des Personenkults es unmöglich gemacht haben, seinen

Sarg im Mausoluem von W. I. Lenin zu belassen.“

Dieser Beschluß wurde am 30. Oktober morgens gefaßt. Er wurde in der Nacht zum 31. Oktober ausgeführt. Der Dichter J. A. Jewtuschenko schrieb in seinem in der Zeitung *Prawda* [am 23. 10. 1962; *Anm. d. Üb.*] veröffentlichten Gedicht *Die Erben Stalins*, das viel diskutiert worden ist:

Stumm war der Marmor.

Stumm flimmerte das Glas.

Stumm stand die Wache,
bronzefarben im Wind.

Und über den Sarg glitt kaum ein Dunst.

Durch die Ritzen floß der Atem,
als man ihn durch die Mausoleumstür hinaus-
trug.

Leise schwebte der Sarg,

mit seinen Enden die Bajonette berührend.

Er verharrte in Schweigen ebenfalls —
ebenfalls! —

aber in drohendem Schweigen.

Mürrisch

die balsamierten Fäuste geballt,
im Sarge an der Ritze horchend,
simulierte er den Toten.

Sie alle,

die ihn hinaustrugen,
wollte er im Gedächtnis behalten:
die noch ganz jungen Rekruten aus Rjasan
und Kursk,
um einmal später,
wieder zu Kräften gekommen,
aus dem Sarg aufzustehen,
und mit ihnen, den Unvernünftigen, abzu-
rechnen.

Er führt etwas im Schilde.

Er hat nur zum Ausruhen sich hingelegt.
Und ich wende mich an unsere Regierung
mit der Bitte:

die Wachen an diesem Grabstein,
zu verdoppeln,

zu verdreifachen,

damit Stalin nicht aufsteht,

und mit ihm die Vergangenheit ...

Es wurde keine Wache in der Nähe der Platte, unter der Stalins Leiche ruht, aufgestellt. Dies wäre für Stalin ja auch eine zu große Ehre gewesen. Unweit vom Mausoleum wurde eine Grube ausgehoben, in die der Sarg mit Stalins Leichnam gesenkt wurde. Das Grab wurde nicht mit Erde zugeschüttet. An die offene Grube wurden einige Behälter mit verdünnter Betonlösung herangefahren, der Beton auf den auf dem Boden der Grube liegenden Sarg gegossen. Darüber wurde eine Granitplatte angebracht, die später eine einfache Inschrift bekam: „J. W. Stalin.“ Als

N. S. Chruschtschow den XXIII. Parteitag am 31. Oktober 1961 für beendet erklärte, gab es im Mausoleum auf dem Roten Platz keinen Sarkophag mit dem Leichnam Stalins mehr.

Für die Entlarvung und Verurteilung des Stalinismus war der XXII. Parteitag im Vergleich zum XX. Parteitag ein großer Fortschritt. Es ging nicht nur darum, daß auf den XXII. Parteitag neue, früher unbekannte Tatsachen über die Verbrechen Stalins bekanntgegeben wurden, obwohl auch dies sehr wichtig war; auf dem Parteitag wurde viel Aufmerksamkeit ehemaligen Mitarbeitern Stalins wie Molotow, Kaganowitsch, Malenkow und Woroschilow gewidmet. Die Hauptsache aber war, daß der Parteitag diese Frage nun nicht in einer geschlossenen, sondern in den offenen Sitzungen behandelt hatte. Alle Redetexte wurden jeweils am nächsten Tage in den zentralen Zeitungen publiziert. Ich erinnere mich, mit welcher Aufmerksamkeit wir damals diese Zeitungen lasen und dort in erster Linie immer neue Enthüllungen fanden. Man sprach überall darüber; es entstand der Eindruck, daß der Parteitag eigentlich nicht der Erörterung und der Annahme eines neuen Parteiprogramms wegen einberufen worden war, sondern um die Verbrechen Stalins zu verurteilen. Erst nach dem XXII. Parteitag wurde es möglich, mit vielen Symbolen des Stalinkultes zu brechen. Alle Städte, die Stalins Namen trugen, wurden umbenannt. Die „Stalinplätze“ und „Stalinstraßen“ verschwanden, Zeitungen wie *Stalinez* oder *Jungstalinist* bekamen einen anderen Namen. Stalins Name verschwand aus den Bezeichnungen vieler Tausende von Werken, Betrieben, Kolchosen und Sowchosen.

Der XXII. Parteitag eröffnete die Möglichkeit für wissenschaftliche Untersuchungen und Publikationen, die bis dahin verboten waren. 1962/64 wurden in der UdSSR Dutzende von Büchern und Hunderte von Artikeln veröffentlicht, die neue Tatsachen über die Verbrechen Stalins und seiner Mitarbeiter enthalten. In den Zentralzeitungen, in den Zeitungen der Unions- und der Autonomen Republiken, in den Regional- und Gebietszeitungen erschienen zahlreiche Nachrufe zum Gedächtnis der in den dreißiger und vierziger Jahren umgekommenen Partei-, Staats-, Wirtschafts- und Militärarbeiter, auch der Intellektuellen und Künstler. Allein in meinem Privatarchiv besaß ich bis Ende 1971 (im Oktober 1971 wurde mein Archiv beschlagnahmt) etwa eintausend

Zeitungsartikel, die mit den Worten endeten: „Wurde ein Opfer von grundlosen Repressalien während der Periode des Stalinkults. Nach dem Tode rehabilitiert“, oder: „In den Jahren des Personenkults tragisch umgekommen. Die Partei gab ihm seinen guten Namen zurück.“

Nach dem XX. Parteitag haben sich nur einige wenige entschlossen, unter tiefster Geheimhaltung ihre Erinnerungen an die von ihnen erlebte Tragödie aufzuzeichnen; nach dem XXII. Parteitag wurden solche Erinnerungen von Dutzenden und Hunderten von Menschen niedergeschrieben — natürlich aus verschiedenen Blickwinkeln und von unterschiedlicher Qualität. Das Thema Stalinkult, das Thema Machtmißbrauch, das Gefängnis- und Lagerthema fand auch in der Belletristik seine Widerspiegelung. Das weitaus bedeutendste und größte Ereignis dieser Art war ohne Zweifel die Veröffentlichung der Erzählung *Ein Tag im Leben des Iwan Denisowitsch* von A. I. Solschenizyn in der Zeitschrift *Nowy mir* unter A. T. Twardowski. Aber auch andere Werke zu dieser Thematik, wovon ein Teil publiziert (z. B. die Memoiren von General A. Gorbatow), ein anderer Teil in Abschriften schnell im ganzen Land verbreitet wurde (z. B. *Harte Marschrichtung* von Je. S. Ginsburg oder *Erzählungen von Kolyma* von W. Schalamow), hinterließen im Bewußtsein derer, die sie gelesen haben, eine unauslöschliche Spur. Obwohl die Entwicklung nicht ausreichend konsequent war, unterschied sich die Situation der Gesellschaftswissenschaften und der Literatur nach dem XXII. Parteitag wesentlich von der nach dem XX. Parteitag. Die komplizierten und schwierigen Prozesse der Klärung und der Umwertung vieler Werte, die in der internationalen kommunistischen Bewegung bereits nach dem XX. Parteitag der KPdSU klar zutage traten, können für unser Land hauptsächlich erst nach dem XXII. Parteitag registriert werden. Deswegen sprechen wir gewöhnlich von der „Linie des XX. und des XXII. Parteitages“. Und deswegen haben wir unseren Beitrag, der dem 20. Jahrestag des XX. Parteitages der KPdSU gewidmet ist, mit dem Bericht über den XXII. Parteitag abgeschlossen.

Moskau, im Februar 1976

Aus dem Russischen übersetzt von Michael Morozow.

Hermann Weber: Stalinismus

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 4/77, S. 5—17

Der Stalinismus, ein neuartiges politisches und gesellschaftliches System kommunistischer Macht, war eine Willkürherrschaft mit despotischer Gewalt der Führung. Während im vorstalinistischen Kommunismus die bolschewistische Gewaltanwendung (vor allem im Bürgerkrieg) dem Überleben des Regimes galt, war der Stalinismus Gewalt par excellence. Die Gegensätze zwischen der russischen Realität und den Zielen des Bolschewismus bereiteten die Machtübernahme Stalins (und seiner Fraktion) vor. Nach der Festigung der Herrschaft Stalins (ab 1929) wurden Gewalt und Terror wesentliche Stützen des Regimes, zunächst vor allem gegenüber Bauern und Arbeitern, mit der großen Säuberung 1934—1938 auch gegenüber der kommunistischen Elite. Die Säuberung, der die Mehrzahl der kommunistischen Führer aus der Lenin-Ära und Hunderttausende Parteimitglieder zum Opfer fielen, schuf die Grundlage eines neuen Systems und schaltete zugleich jede potentielle Opposition aus. Ein zweiter Aspekt der Gewalt in der Stalin-Ära war die rasche Industrialisierung des rückständigen Rußland. Allerdings boten weder die „Notwendigkeit“ der Industrialisierung noch der Druck von außen eine hinreichende Begründung für die Gewalt; der Terror war eher Signal für die neue Herrschaft der Apparate über die Massen.

Roy Medwedew: Die Auswirkungen eines Parteitages. Vom XX. zum XXII. Parteitag der KPdSU

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 4/77, S. 18—31

Der XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956, auf dem Nikita S. Chruschtschow mit seiner berühmt gewordenen Rede „Über den Personenkult und seine Folgen“ die sogenannte Entstalinisierung eingeleitet hatte, scheint heute in der amtlichen sowjetischen Öffentlichkeit vergessen zu sein. Obwohl mit diesem Parteitag die Befreiung und Rehabilitierung von mehreren Millionen Menschen begann, werden diese Maßnahmen offiziell verschwiegen, dies offenbar, weil sie einst als Voraussetzung für die Erneuerung der Partei und für die Reform des öffentlichen Lebens gedacht waren. Jedoch hatte bereits Chruschtschow selber nach dem Parteitag von 1956 die an die Entstalinisierung geknüpften Hoffnungen auf eine Liberalisierung bald gedämpft. Der Verfasser erläutert die Motive Chruschtschows für seine Kritik an Stalin sowie die Hintergründe für den wechselvollen Verlauf des Entstalinisierungsprozesses. Erst nach dem XXII. Parteitag von 1961 konnte auch in der Öffentlichkeit deutlichere Kritik an Stalin geübt werden, wie sie beispielsweise in A. Solschenizyns Erzählung „Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch“ zum Ausdruck kam. Seither ist die Möglichkeit einer Erinnerung an die Stalinschen Verbrechen und die Schuld der Partei ein Indikator für das jeweils herrschende Maß an politischer Freiheit in der Sowjetunion.